Breslauer Zeitung.

Vierteljähriger Abonnementspr. in Breslau 5 Mark, Wochen-Abonnem. 50 Pf., außerhalb pro Quartal incl. Porto 6 Mark 50 Pf. — Insertionsgebühr für den Raum einer sechstheiligen Petit-Zeile 20 Pf., Reclame 50 Pf.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 580. Mittag-Ausgabe. Siebenundfünfzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt. **Montag, den 11. December 1876.**

Deutschland.

O. C. Reichstags-Verhandlungen.

27. Sitzung des Reichstages (9. December).

11 Uhr. Am Tische des Bundesrathes Hofmann, v. Nostitz-Wallwitz, Herzog, v. Pommer-Esche u. A.

Das Haus setzt die zweite Berathung des Landeshaushaltsetats für Elsaß-Lothringen fort; dieselbe beginnt mit dem Etat der Verwaltung des Innern.

Zu dem Capitel: „Bezirksräthe" beklagt sich Abg. Winterer über die allzugroße Verzögerung der Ernennung der Gemeinde-Vorsteher und Bürgermeister Seitens der Bezirksräthe.

Unterstaatssecretär Herzog erwidert, daß eine Schuld hieran die Verwaltung nicht treffe, die Ursache der Verzögerung sei lediglich dem schleppenden Geschäftsgange der Entscheidung von Wahlstreitigkeiten in der französischen Gesetzgebung beizumessen.

Zu Capitel 24 „Gendarmerie" wiederholt Abg. Winterer seine früheren Klagen über die zu große Zahl und Kosten der Polizei in Elsaß-Lothringen, welche zudem zum allergrößten Theil zu politischen Zwecken gemißbraucht werden.

Abg. v. Puttkamer (Sensburg) weist nach, daß die Zahl der Gendarmen in der heutigen Verwaltung höchstens die Hälfte derjenigen betrage, welche die französische Herrschaft in Elsaß-Lothringen für nöthig gefunden habe.

Bei Berathung über die Ortszulage für zwei Strafanstalts-Directoren à 600 M. erhebt sich eine längere Debatte, in welcher die Abgg. Lingens und Reichensperger (Crefeld) dieselben in ihrer unverhältnißmäßigen Höhe entschieden bekämpfen, während die Abgg. Grumbrecht, v. Puttkamer (Fraustadt) und Geh. Rath v. Pommer-Esche die Positionen vertheidigen mit dem Hinweis, daß es sonst unmöglich wäre, tüchtige Beamten in das Land zu ziehen, so lange sich die Beamten aus dem Lande selbst noch nicht recrutiren.

Die Position wird genehmigt.

Bei Cap. 8 (9000 M. zur Herausgabe amtlicher Zeitschriften) bemerkt der Abg. Windthorst: Ich habe von der Regierung noch keine Antwort auf die Frage erhalten, ob auch während der Wahl die Bewegung der Presse in derselben Weise beschränkt sein soll, wie jetzt. Ich wiederhole diese Anfrage, die ich das erste Mal von meinem Platze aus an die Regierung richtete, heute von der Tribüne, damit man sich nicht damit entschuldigen könne, man habe dieselbe nicht gehört. Es liegt in der Natur der Sache, daß die Presse eine freie Bewegung haben muß.

Unterstaats-Secretär Herzog: Die Garantien der freien Vereinigung und der freien Besprechung, welche das Wahlgesetz giebt, gelten natürlich im ganzen Reiche, also auch in Elsaß-Lothringen. Eine ausnahmsweise Behandlung der Presse ist nicht in Aussicht genommen und ich muß der Regierung das Recht wahren, pflichtmäßig zu verfahren.

Abg. Windthorst: Ich überlasse es der öffentlichen Meinung, darüber zu urtheilen, ob diese Erklärung eine solche war, daß irgend eine Wahlbewegung in Elsaß-Lothringen gesichert ist. Nach meinem Dafürhalten ist dies nicht der Fall. Wenigstens müßte man der Presse das gewähren, was das französische Preßgesetz gestattet. Wenn ich einen dahingehenden Antrag stellte, so würde er nicht durchdringen. Ich hoffe, daß die national-liberale Partei Veranlassung nehmen wird, einen solchen Antrag einzubringen. Die Discussion wird hiermit geschlossen und der Titel genehmigt.

Als einmalige außerordentliche Ausgabe sind zum Ankauf und zum Schutze von Kriegergrabstätten, besonders im Bezirk Lothringen, 40,000 Mark gefordert. Die Commission beantragt folgende Resolution: „den Reichskanzler zu ersuchen, eine Aenderung des Gesetzes vom 2. Februar 1872, betreffend die Kriegergrabstätten in Elsaß-Lothringen, in dem Sinne herbeizuführen, daß die nach § 4 des Gesetzes den Grundeigenthümern zu zahlenden Entschädigungen vom Reiche übernommen werden."

Der Unterstaatssecretär Herzog bittet um Ablehnung der Resolution; die Annahme derselben würde den seit fünf Jahren bestehenden gesetzlichen Zustand ändern, durch welchen eine Ueberlastung der Finanzen des Landes in keiner Weise herbeigeführt worden sei.

Der Referent Nieper und die Abgeordneten Guerber und Lasker empfehlen die Annahme der Resolution. Letzterer betont insbesondere, daß die Sache als Gefühlsfrage, nicht als geschäftsmäßige behandelt werden müsse. Es müssen diejenigen, welche die Kosten aufbringen, auch mit dem Herzen dabei sein; man könne doch aber die Elsaß-Lothringer nicht zur Liebe zwingen.

Die Resolution wird angenommen.

Bei der Berathung des Etats der Verwaltung des öffentlichen Unterrichts beklagt sich der Abgeordnete Guerber darüber, daß die Ausgaben bedeutend gestiegen seien. Die Regierung habe unnöthigerweise in ganz kleinen Städten große Schulanstalten errichtet, während es besser gewesen wäre, die Schulbrüder und Schulschwestern im Lande zu behalten.

Unterstaatssecretär Herzog erklärt, daß die größeren Ausgaben in dem Etat deshalb nothwendig geworden sind, weil eine stärkere finanzielle Betheiligung der Gemeinden nicht zu erreichen gewesen sei.

Zu Capitel 42 (Niederes Schulwesen) beantragen die Abgeordneten Guerber und Genossen folgende Resolution: „Den Reichskanzler zu ersuchen, in Erwägung zu ziehen, inwiefern, unbeschadet der den Kreisschulinspectoren zuständigen Befugnisse, den Gemeinden eine Mitwirkung bei der Aufsicht über das Volksschulwesen und dessen Leitung gewährt werden kann und eine Gesetzesvorlage darüber dem Reichstage in der nächsten Session machen zu wollen."

Abg. Guerber: Der Staat überschreitet die seiner Natur nach ihm zustehenden Befugnisse, wenn er der Familie das Urrecht der Erziehung entzieht und auf dem Gebiete des Unterrichts als Alleinherrscher auftritt. Der Abg. von Treitschke hat früher einmal einen Brief hier vorgelesen, in dem es hieß: „Octroyiren Sie uns die confessionslose Schule!" Das ist Gottlob noch nicht geschehen, aber die Regierung hat doch Männer zu Lehrern bestellt, die dem Darwinismus huldigen und den Schülern lehren, daß des Menscheu Urahn der Gorilla ist. (Hört!) Die Lehre, daß die Schule ganz und allein dem Staate gehöre, ist revolutionäre Ketzerei. Es ist nicht gut, die schwankenden Ansichten der Menschen als maßgebend für den Unterricht zu erachten; die Aufgabe der Schule ist, gute, rechtschaffene und wohlunterrichtete Menschen zu bilden. Nur da wird die Liebe zum Vaterlande groß gezogen, wo die Schule auf christlich-religiöser Grundlage ruht.

Abg. v. Puttkamer (Sensburg): Der von dem Vorredner erwähnte Fall, wonach ein Seminar-Director vom Katheder herab seinen Schülern die Darwinsche Theorie vorgetragen haben soll, ist mir wohl bekannt, verhält sich aber durchaus anders, und der Verbreiter jener Behauptung ist bereits wegen Verleumdung gerichtlich verurtheilt worden. (Hört!) Sie werden doch auch wohl der Regierung nicht zutrauen, daß sie so thöricht ist, einen Anhänger jener Theorie als Seminar-Director anzustellen. (Hört! Hört!) Was den Antrag Winterer anbetrifft, so bitte ich, denselben abzulehnen. Im Lande beginnt man bereits, sich von der Tüchtigkeit der deutschen Lehrmethode zu überzeugen und warmes Interesse an den neuen Schulen zu nehmen; wenn Sie jetzt plölich eingreifen, so werden Sie die bisher gewonnenen Fortschritte nur zerstören, es würde ein fortwährender Kampf innerhalb der Gemeinde eintreten. Statt des erhofften Zieles würde sowohl Zerrüttung der Schule wie der Gemeindeverhältnisse eintreten. Die Entwickelung geht allerdings langsam, aber wir können der Regierung vertrauen, daß eine spätere Generation das leisten werde was wir erwarten.

Abg. Windthorst (Meppen): Ich werde entschieden für den Antrag stimmen; derselbe hält sich in den bescheidensten Grenzen, denn er will nur der Regierung die Erwägung anheimgeben, den Gemeinderath bei den Schulangelegenheiten mitsprechen zu lassen. Ich halte dies aber einfach für ein natürliches Recht der Eltern. Die Regierung stellt sich auf den Standpunkt, als sei sie die Erzieherin von Kindern und nicht blos der kleinen, sondern auch der erwachsenen Kinder. Man sollte doch die Gemeinden behandeln, wie es sich freien Männern gegenüber geziemt, und sollte volle Selbstständigkeit gewähren; durch diese Methode würde man sie viel eher gewinnen, als durch die Methode des Corporalstockes. Ich hoffe, daß Alle für den Antrag stimmen werden.

Abg. Duncker: Ich bedaure, dieser Hoffnung nicht entsprechen zu können. Mit der Tendenz des Antrages an sich bin ich ja vollkommen einverstanden, aber ich halte es augenblicklich noch nicht an der Zeit, um die Mitwirkung der Gemeinden in Elsaß-Lothringen herbeizuführen. Die Gemeinde-Comites stehen augenblicklich gänzlich unter dem Einfluß der Pfarrer, und diese sind nichtsehend in Bezug auf die freie Schulentwickelung oder dürfen nicht sehen, weil es ihnen ihr Dogma verbietet. Ich glaube deshalb, daß wir in diesem Punkte die Regierung in ihren Bestrebungen entschieden unterstützen müssen. Was die Frage betreffs des erwähnten Seminar-Directors betrifft, so würde ich es auch nicht für pädagogisch richtig halten, daß den Schülern die Lehren des Darwinismus vorgetragen würden (Hört!), aber ich hoffe nicht, daß die Regierung sich auf den Standpunkt des Abg. v. Puttkamer stellen und einen Lehrer nicht anstellen wird, der persönlich ein Anhänger des Darwinismus ist. Es ist dies ebensogut eine wissenschaftliche Richtung wie jede andere. Daß sie von der katholischen Kirche verurtheilt wird ist bekannt; aber die Kirche hat auch seiner Zeit Galiläi's Lehre verdammt und ihn zum Widerruf gezwungen, und sich jetzt doch mit dieser Lehre ausgesöhnt. Einer der bedeutendsten Vertreter der neuen Astronomie ist sogar zugleich ein Diener der Kirche, Pater Secchi, und ich glaube, wenn sich der Darwinismus als wissenschaftliche Theorie behauptet, daß dann die Kirche auch noch einmal Anhängerin derselben wird (Lebhafter Widerspruch im Centrum). Man ruft uns so oft zu, daß die Kirche die Mutter der Schule sei. Aber es geht allen Müttern so, daß, wenn die Söhne selbstständig werden, sie sich der Botmäßigkeit der Mutter mehr und mehr entziehen und nur der des Vaters, des Staates, gehorchen. So muß es auch mit der Schule sein. Der Staat hat dafür zu sorgen, daß Gewissensfreiheit auf dem Gebiete der Schule herrsche. Im Interesse der Schule und der Cultur werden wir die Regierung hierin unterstützen und ich glaube, wir werden damit dem Volke einen Dienst leisten. (Beifall.)

Unterstaatssecretär Herzog: Ich nehme keinen Anstand, anzuerkennen, daß ich es für wünschenswerth und sogar nothwendig halte, daß die Gemeindevertretung sich an der Schulverwaltung betheilige; aber dies ist nur unter normalen Umständen möglich. Die Regierung ist nach besten Kräften bestrebt, das Wohl der Schule zu fördern, und die Lehrer erfreuen sich jetzt schon mehr und mehr wegen ihrer Tüchtigkeit einer gewissen Beliebtheit. Zu den Präparandenschulen ist ein derartiger Zulauf, daß kaum alle Zöglinge untergebracht werden können. Sie würden das Ziel, was sich die Regierung vorgesteckt hat, in Frage stellen, wenn Sie den Antraa annehmen.

Der Antrag wird hierauf abgelehnt und das Cap. 42 genehmigt.

Auf den Vorschlag des Präsidenten wird die Berathung des elsaß-lothringischen Etats unterbrochen, um die letzten noch restirenden Posten des Reichshaltsetats: „250,000 Mark zum Neubau des Kasernements für die von Pirna nach Dresden zu verlegenden 2 Escadrons des Garde-Reiter-Regiments" zu berathen. Derselbe war bekanntlich in die Budgetcommission verwiesen und diese hatte ursprünglich beantragt, die Position unter Einfügung nachstehender Bemerkung in den Etat zu bewilligen. a) „Es wird dabei vorausgesetzt, daß gegen Rückgabe der in der Denkschrift aufgeführten Militärgrundstücke an den königlich sächsischen Staatsfiscus die daselbst aufgeführten Militäretablissements ausschließlich aus sächsischen Staatsmitteln, den bestehenden Voranschlägen entsprechend zur Ausführung gelangen." b) Ferner die Erwartung auszusprechen, daß bei Tauschgeschäften der Militärverwaltung über Baulichkeiten und Grundstücke der Werth der Tauschgegenstände in Einnahme und Ausgabe gestellt und demgemäß Tauschgeschäfte hinsichtlich solcher Militäretablissements und Grundstücke, welche ihrem Umfange nach bei der Veräußerung, der Erwerbung oder dem Neubau den Gegenstand besonderer Etatstitel bilden, der besonderen Zustimmung des Bundesrathes und Reichstages unterbreitet werden.

In der Plenarberathung konnte eine Einigung über diesen Antrag nicht erzielt werden, die Position wurde dehalb in die Budgetcommission zurückverwiesen, welche nunmehr deren Streichung beantragt.

Die Abgg. Ackermann, Günther (Sachsen), Richter (Meißen) und Dr. v. Schwarze beantragen den früheren Vorschlag der Commission sub a anzunehmen und ferner folgende Resolution zu beschließen: „Die Erwartung auszusprechen, daß künftig Tauschgeschäfte der Reichsverwaltung, wenn es sich um Grundstücke und Baulichkeiten von besonderem Werthe handelt, der verfassungsmäßigen Zustimmung des Bundesrathes und des Reichstages unterbreitet werden."

Referent Abg. Rickert: Der Präsident des Reichskanzleramtes hat bei den Verhandlungen über die Frage, ob ein Tauschgeschäft, wie das vorliegende, der Genehmigung des Reichstages bedarf, in der Commission folgende Erklärung abgegeben: Der Bundesrath ist über die Frage, welche Stellung die verbündeten Regierungen zu der beantragten Resolution (sub b) einzunehmen haben, in Berathung getreten. Hierbei ergaben sich folgende Bedenken. Soweit das bestehende Recht in Betracht kommt, konnte der Bundesrath sich nicht überzeugen, daß bei der gegenwärtigen Lage der Gesetzgebung positive gesetzliche Bestimmungen der in der Resolution ausgedrückten Erwartung zur Seite stehen. Die zukünftige Regelung der Frage aber, die auch der Bundesrath als dringend wünschenswerth anerkannt, bedarf einer vorhergehenden genauen Prüfung sowohl in grundsätzlicher Hinsicht als mit Rücksicht auf die praktischen Interessen der Verwaltung. Zu einer solchen Prüfung ist in der gegenwärtigen Session die Zeit nicht mehr gegeben.

Die verbündeten Regierungen sind der Meinung, daß die vorliegende Frage am Geeignetsten im Zusammenhange mit dem Etatsrecht überhaupt, d. h. durch das bereits früher vorgelegte und demnächst wieder vorzulegende Gesetz über die Einnahmen und Ausgaben des Reiches zur Erledigung zu bringen sei. Hierzu die Hand zu bieten sind die verbündeten Regierungen bereit. Auch werden dieselben in Erwägung ziehen, ob eine Verständigung über die in der Resolution erwähnten Punkte nicht schon bei der Feststellung des Etats für 1877/78 herbeizuführen ist." Infolge dieser Erklärung glaubte Ihnen die Commission die Streichung empfehlen zu müssen; denn sie hielt es nicht für angezeigt, in einem Falle, in welchem das Princip entschieden werden soll, nun durch Bewilligung der Mittel die ganze Sache aus der Hand zu geben. Die Commission glaubte diese Vertagung bis zur nächsten Session um so mehr empfehlen zu können, als es sich ja nur um eine Verzögerung von wenigen Monaten handelt. Für den Fall der Ablehnung der 250,000 Mark muß, um den Etat zu balanciren, eine entsprechende Summe in der Einnahme weniger in Ansatz gebracht werden, und bei einer vertraulichen Besprechung der Budgetcommission war man der Ansicht, daß dies am besten im Cap. 16 „Ueberschüsse aus dem Jahre 1875" geschehen könne, die dann mit 2,750,000 Mk. statt mit 3 Millionen Mark in Ansatz zu bringen wären. Doch kann man nicht wohl einen schon gefaßten Beschluß der zweiten Lesung in derselben Lesung wieder umstoßen und so wird wohl diese Regulirung am besten in dritter Lesung erfolgen können.

Abg. Ackermann: Wenn die Position gestrichen wird, so ist dies für Sachsen sehr emfindlich, indem ein großer Zinsenverlust entsteht. Nehmen Sie unsern Antrag an, so können die neuen Militäretablissements theilweise schon der Benutzung übergeben und die alten geräumt werden; sofort nach der Räumung wäre es dann möglich, das kostbare Material der alten Baulichkeiten zu verwerthen. Wird die Position gestrichen, so ist die sächsische Regierung am weiteren Vorgehen gehindert. Mit der Annahme unserer Resolution erspart sich der Reichstag eine Unbilligkeit gegen Sachsen und wahrt sein constitutionelles Recht in jeder Richtung.

Abg. Dr. Wehrenpfennig: Der ganze Streitpunkt ist der, daß der Bundesrath nicht anerkennt, daß der Reichstag zu einem solchen Tausch-Geschäft seine Zustimmung geben müsse; denn die Denkschrift ist nur zur Kenntnißnahme vorgelegt. Wenn wir die Position auch mit dem beantragten Vermerk annehmen, so ist damit noch immer nicht ausgesprochen, daß wir das Genehmigungsrecht für Tauschgeschäfte in Anspruch nehmen, denn davon steht in dem Vermerk nichts. Wenn wir in der Resolution die „Erwartung" aussprechen, so ist damit auch noch nichts geschehen; wir können viele Erwartungen aussprechen, aber von Seiten des Bundesrathes ist gar kein Anhalt gegeben, daß sie erfüllt werden. In der Erklärung des Präsidenten des Reichskanzleramts heißt es nur, die Frage soll in dem Gesetz über die Einnahmen und Ausgaben des Reiches geregelt werden; ob unser Zustimmungsrecht in Tauschgeschäften dabei anerkannt werden wird oder nicht, ist nicht gesagt, vielmehr eine Erklärung darüber verweigert. Wenn wir trotzdem die Bewilligung aussprechen, so geben wir das schlimmste Präjudiz und zwar unter Umständen, wie sie günstiger für uns kaum wiederkehren werden. Es war Niemand in der Commission, der die dadurch entstehende Verzögerung nicht bedauerte; aber die Verzögerung um einige Monate ist doch augenblicklich ziemlich bedeutungslos; denn jetzt im Winter kann man doch nicht daran denken, die Fundamente der Reiter-Kaserne zu legen. Ich kann deshalb nur die Streichung der Position empfehlen.

Abg. Richter (Hagen): Der Antrag der Commission ist einstimmig, also auch von den conservativen Mitgliedern derselben, angenommen worden. Ich constatire somit, daß von den sächsischen Mitgliedern conservativer Richtung, den Abgg. Ackermann, Günther und Genossen, die constitutionellen Rechte des Hauses noch gemüthlicher aufgefaßt resp. preisgegeben werden, als dies selbst die äußerste Rechte zu thun pflegt. Von einem Schaden, wenn wir den Antrag der Commission annehmen, kann ganz und gar nicht die Rede sein. Es handelt sich um einen Aufschub von 2 oder 3 Monaten in einer Jahreszeit, wo ohnehin nicht gebaut werden kann. Die Schuld für diese Verzögerung trifft in erster Linie die sächsische Regierung selbst; denn sie hat das Tauschgeschäft vorbereitet und ins Werk gesetzt, ganz unbekümmert darum, welche Stellung der Reichstag dazu einnehmen würde. Bekanntlich ist das Haus nur durch einen Zufall dahinter gekommen, was hier vorgeht, nachdem wir schon, ohne es zu wissen, Summen mehrmals bewilligt hatten, die mit diesem Tauschgeschäft in Verbindung stehen. Um so nothwendiger ist es, daß wir hier endlich einmal in dieser Sache ein Halt zurufen und nicht wie die Herren aus Sachsen es verlangen, dem Umstande zu Liebe, weil die betreffende Caserne in Sachsen liegt, das Budgetrecht des Hauses in einem materiell wie formell hochwichtigen Punkte für immer gefährden.

Bundesbevollmächtigter v. Nostitz-Wallwitz glaubt die sächsische Regierung gegen den vom Vorredner erhobenen Vorwurf schützen zu müssen. Der erste Beschluß in Bezug auf das Tauschgeschäft sei in einer Zeit gefaßt worden, als das Reichseigenthumgesetz, das dadurch verletzt sein solle, noch gar nicht existirte. Nachdem dasselbe promulgirt sei, habe sie die Angelegenheit dem Reichskanzleramte vorgelegt und wenn dem Reichstage davon nicht Mittheilung gemacht worden, so sei das nicht ihre Schuld. Im Uebrigen sei die Zweckmäßigkeit des Tauschgeschäftes und der Nutzen desselben für das Reich materiell von allen Seiten anerkannt worden und es sei aufs Höchste zu bedauern, daß um einer bloßen Formfrage Willen die Angelegenheit hinausgeschoben werden solle.

Abg. Günther (Sachsen) kann den Antrag Ackermann nur dringend empfehlen, das Haus vergebe seinem Budgetrechte gar nichts, wenn es diese Position ruhig bewillige, dabei aber die Erwartung ausspreche, daß künftig dergleichen Tauschgeschäfte der Zustimmung des Reichstages bedürfen. (Gelächter links.) Er begreife die Heiterkeit der Herren von der Linken nicht; ihm sei die Sache eine sehr ernste. (Heiterkeit.) Werde der Antrag der Commission angenommen, so entstehe für die sächsische Regierung die schwierige Frage, ob sie noch im Stande sei, über die Etablissements zu verfügen.

Abg. v. Bennigsen: Der Präsident des Reichskanzleramtes hat im Namen des Bundesrathes in der vorigen Debatte ebenso wie in der Commission uns gegenüber ausdrücklich und unzweideutig ausgesprochen, er erkenne es als ein Budgetrecht des Reichstages nicht an, daß zu Tauschgeschäften des Reiches selbst von solchem Umfange und von solcher Bedeutung, wie das vorliegende, die Zustimmung des Reichstages erforderlich sei. Dies ist der entscheidende Punkt, der uns unter allen Umständen bestimmen muß, den Antrag der Commission anzunehmen. (Sehr wahr!) Bedenken Sie wohl, m. H., es handelt sich hier um Summen, im Betrage von voraussichtlich 8 bis 12 Millionen Mark; die Sache ist somit auch materiell von hoher Bedeutung. Aber selbst wenn die Summen geringer wären, so bleibt die constitutionelle Budgetfrage, auf die es hier ankommt, für uns von solchem Werth, daß wir auf ihre Entscheidung zu Gunsten unseres Budgetrechtes unmöglich verzichten können. Daß das Geschäft selbst zufällig als ein zweckmäßiges anerkannt wird, kann in keiner Weise maßgebend sein, es könnte ja demnächst ein Tauschgeschäft abgeschlossen werden, dessen Schädlichkeit für das Reich offenbar ist, ohne daß wir ein Recht hätten, dreinzureden. Wird der Antrag der Commission angenommen, und somit formell unser Budgetrecht gewahrt, so hindert nichts, die Sache materiell in dem Etat oder in dem Etatgesetz des Reiches, das uns im nächsten Frühjahr beschäftigen wird, definitiv zu regeln, ohne daß durch die Verzögerung während der wenigen Wintermonde für die Fortführung der Bauten der geringste Schaden erwächst.

Nachdem hierauf die Bewilligung der betreffenden Summe, sowie der Antrag Ackermann vom Hause mit sehr großer Majorität abgelehnt worden, wird die Position dem Antrage der Commission gemäß gestrichen.

Die vorher unterbrochene Berathung des Landeshaushaltsetats für Elsaß-Lothringen wird hierauf wieder aufgenommen.

Bei dem Etat des niederen Unterrichtswesens Cap. 42 Tit. 6 (Unterstützungen an Gemeinden, welche kein Schulgeld erheben, zur Bestreitung der Kosten des Elementarunterrichts 8000 Mk.) beschwert sich Abg. Lingens über den unter dem neuen Regime mehr und mehr um sich greifenden Radicalismus, welcher den Religionsunterricht fast ganz aus der Schule verdränge. Beständig würden neue Uebelstände geschaffen: Verbannung der Religion und namentlich der katholischen aus der Schule, Beschränkung der Familienrechte durch den Schulzwang, Ausschluß der Gemeinden von der Leitung der Schulangelegenheiten. Deshalb dürfe man sich nicht über die fortwährenden Klagen aus den Reichslanden wundern. Bei diesen Mißständen zeige sich noch eine fortwährende Steigerung der Ausgaben.

Bei Cap. 43 Tit. 2 (Theatersubventionen 176,000 Mk.) befürwortet Referent Nieper den Commissionsantrag, 48,000 Mk. zur schließlichen Ausgleichung der aus der früheren Theaterleitung in Straßburg verbliebenen Schulden als „künftig wegfallend" zu bezeichnen.

Abg. Guerber erklärt sich überhaupt dagegen, daß der Staat die Schulden einer Theaterleitung bezahlen solle.

Unterstaatssecretär Herzog weist darauf hin, daß der Landesausschuß nach eingehender Debatte einstimmig die Bewilligung des Zuschusses beschlossen habe. Es handle sich nicht nach den mittelalterlichen Anschauungen des Vorredners um die Bezahlung von Komödiantenschulden, sondern um Erfüllung der aus dem Theaterunternehmen selbst hervorgegangenen Verbindlichkeiten.

Der Antrag der Commission wird angenommen.

Cap. 8. Tit. 1—3 der außerordentlichen und einmaligen Ausgaben setzt für Bauten bei der Universität zu Straßburg 700,000 Mark aus. Hierzu beantragt die Commission folgende Resolution: Den Reichskanzler zu ersuchen, einen Gesammtplan der für die Universität nothwendigen Bauten nebst Kostenübersichten dem Reichstage in der nächsten Session vorlegen lassen und hierbei auf die möglichst baldige Herstellung eines Auditoriengebäudes, außer den naturwissenschaftlichen und medicinischen Anstalten Bedacht nehmen zu wollen.

Abg. v. Schulte empfiehlt die Resolution zur Annahme; die Bauplätze seien durch die Stadterweiterung gewährt. Obwohl die Dringlichkeit der im Etat aufgeführten Bauten allgemein anerkannt werde, so sei doch der Bau eines Auditoriengebäudes eben so nothwendig. In neuester Zeit wurden im Gegensatz zu den naturwissenschaftlichen und mdicinischen Fächern die übrigen Wissenschaften vielfach vernachlässigt und dadurch der Materialismus besonders gefördert. In Straßburg, wo die verschiedenen Fachvorlesungen in verschiedenen Localen gehalten werden, erschwere man hierdurch überdies noch den Studenten die Erlangung einer allgemeinen philosophischen Bildung, die als ein wohlthätiges Gegengewicht gegen die verknöchernde specifische Fachbildung wirke.

Unterstaatssecretär Herzog erklärt die Bereitwilligkeit der Regierung, dem ersten Theile der Resolution Folge zu geben. Was den zweiten Theil anbelange, so habe der verzögerte Bau eines Auditoriengebäudes seinen Grund nicht in einer Vernachlässigung der philosophischen Wissenschaften, sondern in localen Schwierigkeiten.

Nachdem Referent Rieper nochmals die Resolution empfohlen, wird dieselbe vom Hause angenommen.

Ferner beantragt die Commission folgende Resolution: „Den Reichskanzler zu ersuchen, im nächsten Etat den Beitrag des Reichs zu den Kosten der Unterhaltung der Universität aufzunehmen.

Unterstaatssecretär Herzog hat nichts gegen diese Resolution zu erinnern, die demnächst angenommen wird.

Ein Antrag auf Vertagung wird abermals abgelehnt.

Auf eine Anfrage des Abg. Winterer in Betreff erheblicher Zuschüsse aus der Landeskasse zu den Kosten industrieller Versuche erwidert der Unterstaatssecretär Herzog, daß er nicht in der Lage sei, dieselbe sofort zu beantworten. In der Commission, wohin derartige Frage gehören, sei es möglich, entsprechende Informationen sich zu beschaffen, da der Fragesteller diesen Weg verschmäht, so müsse er sich jetzt bescheiden. (Beifall.)

Abg. Winterer bittet, daß man doch endlich das Commissionspferdchen, daß man nun schon zum dritten oder vierten Male vorgespannt habe, endlich ruhen lasse. (Widerspruch.)

Ein Vertagungsantrag wird abgelehnt, obwohl das Haus sich bereits erheblich geleert hat.

Abg. Windthorst bittet deshalb die Beschlußfähigkeit des Hauses zu constatiren, worauf Vicepräsident Frhr. Schenk v. Stauffenberg, um die Auszählung zu vermeiden, selbst die Vertagung vorschlägt.

Das Haus stimmt ihm bei. Schluß 5¼ Uhr. Nächste Sitzung Montag 12 Uhr (Interpellation Schulze-Delitzsch; Telegraphenanleihe; Etat für Elsaß-Lothrigen und Petitionen).

Berlin, 9. Decbr. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem Controleur Kühne beim Montirungs-Depot in Düsseldorf den Königlichen Kronen-Orden vierter Klasse verliehen.

Se. Majestät der König hat den nachbenannten Kaiserlich russischen Offizieren vom 11. Isum'schen Husaren-Regiment, und zwar dem Obersten und Commandeur dieses Regiments, Sannikoff, den Königlichen Kronen-Orden zweiter Klasse; dem Major Schamonin den Rothen Adler-Orden dritter Klasse und dem Rittmeister Dame den Königlichen Kronen-Orden dritter Klasse verliehen.

Se. Majestät der König hat die Gräflich Stolberg'schen Regierungsräthe Stolzmann und Räck bei ihrer Uebernahme in den Staatsdienst zu Königlichen Regierungs-Räthen; den Kreisdeputirten Grafen zu Solms auf Radajewitz zum Landrath; den Pfarrer bei der Louisenstadt-Kirche zu Berlin, Consistorial-Rath Heinrich Franz Wilhelm Noël zum Superintendenten der Diöcese Berlin-Cöln, und den Pfarrer bei der St. Paulskirche zu Berlin, Philipp Buttmann zum Superintendenten der Diöcese Berlin II. ernannt; sowie dem Kreis-Physikus Dr. Bartels in Ahrensburg und dem Kreis-Physikus des Rheingaukreises, Dr. Keil in Rüdesheim, den Charakter als Sanitäts-Rath verliehen.

Der bisherige Privat-Docent Dr. Joseph Partsch ist zum außerordentlichen Professor in der philosophischen Facultät der Universität zu Breslau ernannt, und der Gymnasial-Oberlehrer Dr. Heinrich Hartz zu Frankfurt a. O. in gleicher Eigenschaft an das Gymnasium zu Bartenstein versetzt worden. — Dem Landrath Grafen zu Solms ist das Landraths-Amt im Kreise Inowraclaw übertragen worden.

Berlin, 9. Decbr. [Se. Majestät der Kaiser und König,] Se. Majestät der König von Sachsen und Se. Königliche Hoheit der Prinz Georg von Sachsen haben sich gestern Nachmittag nach Hubertusstock zur Jagd begeben und werden von dort heute Abend hierher zurückkehren.

[Ihre Majestät die Königin von Sachsen] dinirte gestern und heute bei Ihrer Majestät der Kaiser-Königin und besuchten beide Majestäten gestern das Opernhaus.

Gestern Abend war im Königlichen Palais eine Thee-Gesellschaft. — Heute besichtigten beide Majestäten das Augusta-Hospital und die National-Gallerie. (Reichsanz.)

= **Berlin**, 10. Decbr. [Die Justizgesetze im Bundesrathe. — Der Gotthard-Tunnel. — Statistisches.] Die gestrige Berathung des Justizausschusses im Bundesrathe trug im Wesentlichen den Charakter einer Vorbesprechung und eines Meinungsaustausches über die Grundsätze, nach denen die Stellung zu den Beschlüssen der 2. Lesung präcisirt werden sollte. Die eigentlichen Festsetzungen sollten in einer heute abzuhaltenden Sitzung getroffen werden und zwar wird über jeden Antrag besonders abgestimmt, um darüber wohl zunächst dem Reichskanzler und dann dem Plenum zu berichten. — Der preußische Justizminister Dr. Leonhardt ist erkrankt und der Vorsitz in dem Justizausschuß daher auf den Unterstaatssecretär Dr. Friedberg übergegangen. Der letztere gilt auch als der jetzige ausschließliche Berather des Reichskanzlers bez. der Justizgesetze. Die Abhaltung des Bundesraths-Plenums über diesen Gegenstand hängt von der Feststellung der Beschlüsse ab. Bis heute Mittag war ein Plenum für morgen noch nicht festgesetzt. Im Bundesrathe ist man inzwischen gewillt, nichts zu verabsäumen, was zur Abkürzung der Berathung führen könnte. Höchst wahrscheinlich wird vom Bundesrathstisch aus vor Beginn der dritten Berathung dem Reichstage mitgetheilt werden, welche Beschlüsse des letzteren der Reichsregierung als unannehmbar erscheinen. — Bezüglich der Verification der Arbeiten am Gotthard-Tunnel ist dem Bundesrath mitgetheilt worden, daß dieselbe hinsichtlich der am Gotthard-Tunnel ausgeführten Arbeiten für das vierte Baujahr vom 1. October 1875 bis 30. September 1876 zwischen dem 1. und 3. October cr. unter Betheiligung eines Vertreters des Deutschen Reiches an Ort und Stelle stattgefunden hat. Danach ist in diesem Jahre der fertige Tunnel auf 2005 Meter und der Richtstollen auf 6804 Meter verlängert worden, während nach dem Voranschlage bis zum Schlusse des vierten Baujahres 2528 Meter vollendeter Tunnel und 7500 Meter Richtstollen hergestellt werden sollten. Nachdem nun die bis Ende August dieses Jahres im Betriebe gewesene Anzahl der Maschinen zur Comprimirung von Luft für den Betrieb der Bohrmaschinen erheblich vermehrt worden ist, sieht man einer beträchtlichen Mehrleistung für das laufende Baujahr entgegen. Die Tunnel-Baukosten sind von den Vertretern der subventionirenden Staaten auf 3800 Fr. für den fertigen Meter Tunnel, also im Ganzen auf 5,809,160 Fr. festgestellt worden. Im Ganzen sind von den betheiligten Staaten 8,957,308 Fr. zu zahlen, von welchem Betrage $^{20}/_{85}$ mit rund 1,717,696 Mark auf das Deutsche Reich entfallen. — Seitens des Bundesrathes ist beschlossen, die Statistik der Morbilität in den Heilanstalten auf ein Jahr auszusetzen und demgemäß den auf den Monat Januar 1877 für die erstmaligen Aufnahmen der Morbilitätsstatistik der Heilanstalten festgesetzten Termin auf den Januar 1878 zu verschieben und zwar so, daß die Aufnahme sich auf den Bestand, Zugang, Abgang u. s. w. des Jahres 1877 beziehen.

* [Das General-Postamt] richtet auch in diesem Jahre an das Publikum in dessen eigenem Interesse das Ersuchen, mit der Einlieferung der Weihnachtssendungen bald zu beginnen, die Packete haltbar zu verpacken, genau und deutlich zu adressiren und, zur Beschleunigung des Betriebes, möglichst zu frankiren.

[August Braß,] der vielgenannte Begründer und langjährige Redacteur der „Nordd. Allg. Ztg.", später nach dem Verkauf dieser Zeitung an die jetzigen Eigenthümer, Herausgeber der von Strousberg begründeten und dann in den Besitz einer Gesellschaft übergegangenen „Post" ist am 8. d. Mts. im 59. Lebensjahre, auf seiner kleinen, bei Storkow in der Mark, erworbenen Besitzung gestorben. Von der publicistischen Thätigkeit hatte Braß sich bereits vor drei Jahren zurückgezogen. Die Wandlungen, die der Verstorbene in seiner politischen Richtung durchgemacht, sind älteren Zeitungslesern noch in der Erinnerung. Während der Wirren des Jahres 1848 machte er hier in Berlin den Versuch, eine demokratische Landwehr zu organisiren; mit Eintritt der Reaction flüchtete er nach Paris, ließ sich später in der Schweiz nieder, wo er den „Bieler Handels-Courier" redigirte und kehrte nach Erlaß einer allgemeinen Amnestie von der demokratischen Jugendkrankheit so vollständig bekehrt nach Berlin zurück, daß es ihm möglich war, hier eine für ihn persönlich mit bestem Erfolg gekrönte journalistische Wirksamkeit in conservativer Richtung zu entfalten.

[Ausprägungen.] In den deutschen Münzstätten sind bis zum 2. Decbr. 1876 geprägt worden: an Goldmünzen: 1,096,583,200 M. Doppelkronen; 335,681,000 M. Kronen; hiervon auf Privatrechnung: 171,345,160 M.; an Silbermünzen: 71,037,920 M. 5-Markstücke, 69,639,524 M. 2-Markstücke, 143,512,165 M. 1-Markstücke, 46,071,199 M. 50 Pf. 50-Pfennigstücke, 34,999,768 M. 60 Pf. 20-Pfennigstücke; an Nickelmünzen: 23,502,530 M. 70 Pf. 10-Pfennigstücke, 11,657,813 M. 75 Pf. 5-Pfennigstücke; an Kupfermünzen: 5,956,992 M. 84 Pf. 2-Pfennigstücke; 3,377,119 M. 13 Pf. 1-Pfennigstücke. Gesammtausprägung: an Goldmünzen: 1,432,264,200 M.; an Silbermünzen: 365,260,577 M. 10 Pf; an Nickelmünzen: 35,160,344 M. 45 Pf.; an Kupfermünzen: 9,334,111 M. 97 Pf.

Elbing, 8. Dec. [Herr von Forckenbeck] hat dem liberalen Comité des hiesigen Reichstagswahlbezirks die Antwort zugehen lassen, daß er ein Mandat von demselben unmöglich annehmen könne, weil er bereits im vergangenen Sommer seinem bisherigen Wahlkreise eine bindende Zusage gemacht habe.

Bremen, 9. Dec. [Dem Verein für deutsche Nordpolfahrt] ist ein Telegramm von der Oberpedition aus Jenisseisk vom 5. d. M. zugegangen, worin gemeldet wird, daß Capitän Wiggins in der Podaratabucht einen guten Hafen fand und daselbst mehrere Wochen verweilte. Der Capitän entdeckte nördlich von der Obmündung eine große Insel und auf dem Wege nach dem Jenissei neues Land. Den Weg zu Wasser, den Jenissei aufwärts nach Kurjaka, fand der Capitän sehr gut.

Oesterreich.

Wien, 9. Dec. [Der volkswirthschaftliche Ausschuß des Abgeordnetenhauses] hat die Verlängerung des österreichisch-französischen Handelsvertrages genehmigt. Im Laufe der Debatte erklärte der Handelsminister, daß Oesterreich auch mit England auf der Grundlage der Verträge mit den meistbegünstigten Nationen einen Handelsvertrag mit einjähriger Dauer abgeschlossen habe. Die weiteren Verhandlungen mit England wegen eines dauernden Handelsvertrages würden erst erfolgen, wenn der Zoll- und Handelsvertrag mit Deutschland abgeschlossen sein werde.

Wien, 9. Dec. [An auswärtigen Börsen] waren Gerüchte anläßlich des Todes eines Kassirers bei der österreichischen Creditanstalt verbreitet. Es ist richtig, daß der Effecten-Kassirer der österreichischen Creditanstalt, Lang, in Folge Schlagflusses plötzlich verstorben ist. Ebenso ist es aber Thatsache, daß dessen Kasse in vollster Ordnung befunden ist. Alle übelwollenden Gerüchte sind tendenziös erfunden.

Wien, 10. Decbr. [Der Prospect der Emission der 40 Millionen Gulden Goldrenten-Anleihe] ist nunmehr veröffentlicht. Der Emissions-Cours ist auf 56 festgesetzt. Die Verzinsung soll steuerfrei zu 4 pCt. erfolgen, für Deutschland in Reichsmark (20¼ Mark = 10 Goldgulden). Die Subscription soll am 14. und 15. December in Oesterreich-Ungarn, in Deutschland (Berlin und Frankfurt a. M.), in Paris, in Brüssel und in Amsterdam stattfinden. Die Einzahlung der Raten hat bis zum 16. März k. J. zu erfolgen. — An der gestrigen Abendbörse wurde für Goldrenten ein Agio von 2 pCt. gegen den Emissions-Cours in Gold gezahlt.

Frankreich.

⊙ **Paris**, 7. Decbr., Abends. [Zurücknahme der Entlassungsgesuche des Ministeriums Dufaure. — Aus der Deputirtenkammer.] Die Verwirrung und Ungewißheit ist heute in Versailles größer als je. Als die Deputirten zur Sitzung eintrafen, erfuhren sie, daß Mac Mahon den Gedanken aufgegeben habe, ein neues Cabinet zu bilden und daß er sein bisheriges Ministerium unverändert beibehalten wolle. Damit ging es so zu: Gestern Abend versammelten sich, wie angekündigt, der Duc d'Audiffret-Pasquier, Jules Grévy und Dufaure beim Marschall-Präsidenten, um über die Mittel zur Beendigung der Krise zu berathen. Auf den Wunsch Mac Mahon's nahm d'Audiffret-Pasquier das Wort und setzte in längerer Rede auseinander, daß kein zwingender Grund zum Rücktritt des bisherigen Cabinets vorliege. Es handle sich darum, eine ehrliche und liberale Republik zu schaffen; die Verfassung fungire noch nicht mit der wünschenswerthen Sicherheit und man müsse jede gewaltsame Störung im Gange der Regierungsmaschine vermeiden. Speciell sich an Dufaure wendend, erklärte d'Audiffret-Pasquier, warum die Haltung des Conseilspräsidenten in der letzten Zeit nicht ganz vorwurfsfrei gewesen. Dufaure habe keine hinreichend klare Politik befolgt. So habe er beispielsweise in der Kammer gesagt, daß ein Gesetz über die Einstellung der Verfolgungen nicht nöthig sei, daß der bekannte Brief Mac Mahon's völlig genüge, und im Senat habe er dann doch das Gesetz gefordert. Der Senat hatte nicht die Absicht, in dieser Frage dem Minister ein Mißtrauensvotum zu ertheilen; er war nicht hinreichend über Dufaure's Absichten aufgeklärt. Wenn Dufaure rund heraus die Cabinetsfrage gestellt hätte, würde er in der oberen Kammer eine Mehrheit gefunden haben. Desgleichen hatte die Deputirtenkammer es nicht auf den Sturz des Ministeriums abgesehen. Diese Kammer ist jung und unerfahren; sie übereilt sich. Indem sie dem Minister gewisse Forderungen für das Cultusbudget verweigerte, wollte sie ihm keine Niederlage bereiten; sie hat bei anderen Gelegenheiten wiederholt ihre Sympathie für das Cabinet zu erkennen gegeben. Es liegt also kein Grund für eine Krise vor, und der Rücktritt des Cabinets kann einfach als null und nichtig betrachtet werden. Die Demission der Minister würde sich nur durch ein ganz bestimmtes und unzweideutiges Votum einer der beiden Kammern rechtfertigen. Was uns vor Allem bewegen muß, die Krise zu vermeiden, so schloß d'Audiffret-Pasquier seine Rede, ist der Umstand, daß die Gegner der Verfassung ganz unverhohlen ihre Freude über das Geschehene kundgeben. Man braucht nur ihre zufriedenen Mienen zu sehen, um sich zu überzeugen, daß sie die Republik gefährdet glauben. Folglich müssen alle der Verfassung aufrichtig ergebenen Männer wünschen, daß das Cabinet seine Entlassung zurückziehe. Diese Meinung fand sofort Mac Mahon's Zustimmung und sie wurde auch in der Hauptsache von Jules Grévy gebilligt, indem jedoch der Präsident der Kammer hinzufügte, man müsse sich mit den Führern der Mehrheit ins Einvernehmen setzen, um die Wiederholung der jüngsten Vorfälle zu verhindern. Dufaure erklärte zwar Anfangs, er halte es für seine Pflicht auszutreten, da er das Votum des Senats als ein unzweideutiges Mißtrauensvotum betrachte. Sein Rücktritt brauche ja auch keineswegs den Rücktritt der andern Minister nach sich zu ziehen. Schließlich aber gab er nach, da d'Audiffret-Pasquier und Grévy erklärten, daß es sich nicht um eine Personenfrage handle und daß das ganze Cabinet bleiben oder gehen müsse. So im Wesentlichen berichtet der „Temps" über diese Berathung, in Folge deren der ganze Conseil für heute früh berufen wurde. Er versammelte sich um 9 Uhr unter dem Vorsitz Mac Mahon's. Dufaure setzte die anderen Minister von der Sachlage in Kenntniß, und man beschloß vorläufig, die Entlassung zurückzunehmen, aber erst heute Abend in einem neuen Conseil einen entscheidenden Beschluß zu fassen. Es ist begreiflich, daß die Nachricht von diesen Vorgängen unter den Deputirten und Senatoren große Aufregung hervorrief. Der erste Eindruck war kein günstiger. Die Linke der Kammer zeigte sich geneigt, das wieder eintretende Ministerium zu bekämpfen. Allmälig beruhigten sich die Gemüther doch ein wenig. Beim Beginne der Kammersitzung stieg Marion von der Linken auf die Tribüne und verlangte die Vertagung der Budget-Discussion bis Montag; es sei nicht möglich, das Einnahme-Budget vor einem Ministerium, welches nicht mehr existire, zu discutiren. (Lärm.) Seitens der gemäßigten Linken unterstützte Jules Ferry diese Forderung, dagegen bestand der Finanzminister Leon Say auf Fortsetzung der Discussion, ohne im Uebrigen etwas von den Absichten des Ministeriums verlauten zu lassen. Der Bonapartist Cuneo d'Ornano trat der Forderung des Ministers bei, Joly von der Linken dagegen bekämpfte dieselbe. Der Berichterstatter der Budgetcommission vermied es, Partei zu nehmen und erklärte, die Commission stelle sich der Kammer zur Verfügung. Der Präsident ließ dann über die Vertagung abstimmen, die mit 298 gegen 200 Stimmen abgelehnt wurde. Dieses erste Symptom ist somit der Regierung günstig; das linke Centrum scheint danach nicht unbedingt auf dem Rücktritt Dufaures zu bestehen. Klar ist die Lage aber darum noch nicht. Man muß abwarten, ob auch die Gambetta-Partei sich für die Erhaltung des Ministeriums gewinnen läßt. Von Gambetta's persönlicher Haltung hängt zum größten Theile der Ausgang dieser Krisis ab. Wenn Gambetta sich mit Grévy verständigt, wird die Mehrheit nachgeben. Sie kann aber nicht gut nachgeben, ohne von dem wiedererstandenen Ministerium einige Garantien für die Einführung einer klareren Politik zu fordern.

⊙ **Paris**, 8. Decbr. [Aus der Deputirtenkammer. — Berathungen der Linken. — Gambetta gegen das Verbleiben des Cabinets Dufaure. — Kein Compromiß.] Die Deputirtenkammer hatte gestern kaum mit einer Mehrheit von etwa 100 Stimmen beschlossen, das Einnahmebudget in Angriff zu nehmen, als in der Linken starker Zweifel über den Sinn und die Tragweite dieses Votums laut wurden. Man behauptete, dasselbe sei durch Ueberraschung erpreßt worden, ein Theil der Linken und des linken Centrums habe sich nicht klar gemacht, welche Folgen die Abstimmung haben könnte. Man beschuldigt überdies den Minister de Marcère, einen Druck auf die Mehrheit geübt zu haben, de Marcère war in der That von Banke zu Banke gegangen und hatte seine Freunde gebeten, nach dem Wunsche des Finanzministers für die sofortige Discussion des Budgets zu stimmen. Kurz, es zeigte sich in den Reihen der Majorität große Unzufriedenheit und Confusion, und die Budgetdiscussion hatte kaum begonnen, als man den Schluß der Sitzung verlangte. Diesmal erhoben sich alle Fractionen der Linken für die Vertagung auf heute. Nach der Sitzung traten die Vorstände der Linken zusammen, um sich über ihr künftiges Verhalten zu verständigen. Jules Grévy hatte ihnen mitgetheilt, aus welchen Gründen er und d'Audiffret-Pasquier dem Marschall-Präsidenten gerathen haben, das bisherige Cabinet unverändert zu behalten. Ein definitiver Entschluß wurde auch in dieser Zusammenkunft nicht gefaßt, aber man beauftragte die Präsidenten der drei republikanischen Gruppen, mit den Ministern zu sprechen, um zu erfahren, ob dieselben bereit wären, das bekannte Programm der gesammten Linken anzunehmen. Im Ganzen wurde der Plan einer Wiederherstellung des alten Cabinets nichts weniger als günstig beurtheilt. Natürlich konnte diese Neuerung den Ministern nicht lange ein Geheimniß bleiben, und natürlich auch war die Haltung der Linken nicht danach angethan, Dufaure und seine Collegen zum Wiedereintritt in das Ministerium zu ermuthigen. Dufaure ließ aufs Neue den Marschall wissen, daß er die stärksten Bedenken gegen die Wiederherstellung des Cabinets habe, und der auf gestern Abend angesetzte Ministerconseil, in welchem die Minister sich definitiv über ihr Bleiben oder Nichtbleiben aussprechen sollten, ist auf heute verschoben worden. Bis zur Stunde steht also noch Alles in Frage. Gambetta hat sich sehr entschieden gegen den von Grévy und d'Audiffret-Pasquier empfohlenen Plan ausgesprochen, und die „Republique française" bekämpft denselben heute ebenso entschieden. „Die Kammer, sagt sie, hat lange gezögert, ehe sie das Cabinet fallen ließ. Sie hat sich erst dann dazu entschlossen, als sie constatirt hatte, daß sie von ihm niemals erhalten werde, was sie zu verlangen das Recht und die Pflicht hat. Man trennte sich endlich mit beiderseitiger Einwilligung würdig, anständig und unter wechselseitigen Achtungsbezeugungen. Wozu könnte jetzt eine Wiederannäherung führen? Das Ministerium und die Kammer würden dabei ihre Würde verlieren und schnell zu einem gewaltsamen Bruche geführt werden. Herr Dufaure, um nur von ihm zu reden, weiß sehr gut, daß er niemals den Republikanern den Schutz gewähren wird, den sie fordern, und daß er auf ihre Beschwerden keine Rücksicht nehmen wird, selbst wenn er sich die Mühe geben wird, sie zu verstehen. In einer so einfachen und klaren Lage muß man auf alle Aushilfsmittel und halben Maßregeln verzichten, mit denen sich die Mehrheit der Kammer nicht eine Woche begnügen wird." So das Organ Gambetta's. Die „Republique" würde begreifen, daß Mac Mahon sich entschlösse, sein Ministerium in der reactionären Mehrheit des Senats zu suchen; aber wenn man in der Präsidentschaft diesen Ausweg für zu gefährlich hält, so bleibe nur noch übrig, ein Cabinet zu bilden, welches der Unterstützung der Kammer sicher sein kann, ein Cabinet der Linken. Zwischen diesen beiden Lösungen liegt keine mittlere; die Linke kann keinen Compromiß annehmen.

Provinzial-Zeitung.

Breslau, 10. Decbr. [Telegraphen-Stationen.] Der telegraphische Verkehr ist bei der zunehmenden Entwickelung des geistigen und materiellen Lebens der Station für jeden Wohnsitz einer größeren Anzahl Staatsbürger von solcher Bedeutung, daß die Regierung nachhaltigst dahin strebt, die Telegraphen-Anlagen immer weiter in das Land vorzuschieben, wozu die erfolgte Vereinigung der Telegraphen-Verwaltung mit dem Postwesen ein vorzügliches Mittel gewährt. Den Landbewohnern wird dadurch zugleich die theilweise schwer empfundene Last der Botengebühren für ihren telegraphischen Verkehr erleichtert. — Ende 1875 bestanden im Reich 6363 Postanstalten gegenüber nur 1945 Reichstelegraphenanstalten, und im Vergleich mit andern Culturländern stehen die deutschen Reichstelegraphen bezüglich ihrer Ausdehnung und der Zugänglichkeit für das Publikum noch nicht auf derjenigen Höhe, welche der Bedeutung des geeinigten deutschen Reiches, der Intelligenz des deutschen Volkes, sowie der Ausdehnung seines Handelsverkehrs und dem Umfange seiner Industrie entspricht. Es bedarf bei uns, wenn den berechtigten Interessen der Landbewohner im Vergleich zu den fortgeschrittenen Einrichtungen für die Verbindung der Städte entsprochen werden soll, womit zugleich die Staatsverwaltung und das Heerwesen gefördert werden, zunächst nach der Eröffnung von etwa 3000 Reichs-Telegraphenanstalten. Für das Jahr 1877 ist die Einrichtung von mindestens 500 neuen Anstalten in Aussicht genommen, welche etwa zwei Millionen Mark Kosten erfordern. Die Gesammtkosten erscheinen vom finanziellen Gesichtspunkte aus nicht bedenklich, selbst wenn nur die direct erwachsenden Einnahmen ins Auge gefaßt werden. Nach erfolgter Inbetriebnahme der neuen Anstalten entstehen durch den Betrieb selbst nur noch sehr geringe sachliche Betriebskosten, wogegen eine Vermehrung der persönlichen Kosten in Folge der Vereinigung mit den vorhandenen Postanstalten nicht eintritt. Auf die Unterhaltungskosten für die durch die neuen Anstalten bedingten neuen Anlagen an Linien und Leitungen sind erst nach Ablauf mehrerer Jahre hochgerechnet 8 pCt. des Aulage-Capitals, also 160,000 M. zu veranschlagen. Nach einer bewährten Durchschnittsrechnung ergiebt sich bei 500 neuen Anstalten pro Jahr eine Einnahme von 275,000 Mark. Es ist also unter sofortiger Berechnung der Unterhaltungs-

kosten ein Ueberschuß in sicherer Aussicht. Bei der mit Sicherheit zu erwartenden Steigerung des telegraphischen Verkehrs an denjenigen Orten, welche erst neu in das Telegraphennetz aufgenommen werden, wird, wenn nicht unvorhergesehene Störungen der allgemeinen Entwickelung eintreten, das Verhältniß sich später noch günstiger gestalten. — Das Hauptgewicht ist jedoch immer auf die von der wirksamen Ausbreitung des Telegraphennetzes zu erwartende Förderung der allgemeinen Wohlfahrt und Erleichterung des Verkehrs, sowie auf die daraus hervorgehenden Vortheile für den einzelnen Bürger, wie für das Staatsganze zu legen. — Die für die Bauperiode vom 1. Januar 1877 bis Ende März 1878 erforderlichen Geldmittel sollen ähnlich, wie die zur Bestreitung der außerordentlichen Ausgaben der Marine- und der Telegraphen-Verwaltung erforderlichen Beträge durch Aufnahme einer verzinslichen Anleihe beschafft werden, welche nach Maßgabe des Bedarfs erforderlichenfalls unter Ausgabe von Schatzscheinen allmälig flüssig gemacht und der Telegraphen-Verwaltung überwiesen werden sollen. Die Bauzeit für die Verlegung der Telegraphenkabel fällt in die Frühlingsmonate nach dem Aufhören stärkerer Fröste. Die eigentlichen Sommermonate mit beständig hohen Temperaturen müssen vermieden werden, weil das in den Kabeln zur Isolirung der Leitung verwendete Material (Guttapercha) schon bei den über der mittleren Wärme unserer Breitegrade liegenden Temperaturgraden erweichen und wesentliche Veränderungen seiner die Brauchbarkeit bedingenden Eigenschaften erleiden kann. Mit Rücksicht auf diese Verhältnisse und auf die für die Fabrikation der Kabel erforderliche Zeit müssen die Verträge über die Lieferung der Kabel für den Bedarf des nächsten Jahres allerspätestens noch in in diesem Monat abgeschlossen werden. Ebenso muß schon jetzt Sorge getragen werden für die Beschaffung der Materialien (Stangen, Isolatoren, Draht), sowie der Apparate, welche zum Anschluß neuer Telegraphenstationen erforderlich sind. — Die unterirdischen Verbindungen nach dem Rhein und nach der See (von Berlin aus) erfordern 6,976,000 Mk., auf die Einrichtung und den Anschluß von 500 Telegraphenanstalten sind zu rechnen 2,000,000 Mk., die aus Rücksichten des Betriebes, sowie wegen der Einführung der unterirdischen Telegraphenleitungen erforderlichen Um- und Erweiterungsbauten, baulichen Erwerbungen 2c. erfordern 1,210,000 M., in Summa 10,186,000 M., welche in der angedeuteten Weise im Wege des Credits beschafft werden.

Wie wir erfahren, sind in Schlesien und Posen für das Jahr 1877 folgende Telegraphen-Anstalten als neu zu errichtende in Aussicht genommen:

I. Provinz Schlesien:

1) Regierungs-Bezirk Breslau: Bralin, Gellendorf, Heinrichau, Königszelt, Langenau, Niederrathen, Raudten (Stadt), Rückers, Volpersdorf, Wartha, Weißstein.

2) Regierungs-Bezirk Liegnitz: Alt-Gebhardsdorf, Arnsdorf (bei Hirschberg), Kaiserswaldau, Krummhübel, Lähn, Langenöls, Merzdorf, Naumburg a. B., Neustädtel, Pilgramsdorf, Rietschen, Schildau, Schöneberg O.-L., Siegersdorf, Waldau, Wigandsthal.

3) Regierungs-Bezirk Oppeln: Bogutschütz, Branitz, Deutsch-Krawarn, Deutsch-Rasselwitz, Kupp, Ruda, Rudzinitz, Schwientochlowitz.

II. Provinz Posen:

1) Regierungs-Bezirk Posen: Adelnau, Altkloster, Betsche, Dobrzyca, Falkstädt, Jutroschin, Kriewen, Murowana-Goslin, Owinsk, Punitz, Ritschenwalde, Skalmierzyce, Storchnest, Sulmierzyce, Xions, Zerkow (Stadt).

2) Regierungs-Bezirk Bromberg: Czersk, Gollantsch, Gonsawa, Gostoczyn, Grüncholtzen, Hessen, Janowitz, Kletzko, Rogowo, Weißenhöhe, Zippnow.

[Graf Arnim-Boytzenburg.] Die „Post“ schreibt: Nach unserer durchaus zuverlässigen Information kehrt Graf Arnim auf seinen hohen Posten nur zurück, um sich zu verabschieden, und da hierüber zur Zeit ein Zweifel nicht mehr herrscht, ist es selbstverständlich, daß die Wiederbesetzung dieses allzulang verwaisten wichtigen Postens in Erwägung steht.

△ **Steinau a. O.**, 9. Decbr., [Zu den Wahlen.] Während bei früheren Wahlen sich von Seiten der hiesigen liberalen Wähler eine rege Thätigkeit entfaltete, rührt sich zu der bevorstehenden Reichstagswahl nicht das mindeste. — Es ist dies um so befremdlicher, als sich im Frühjahr ein liberaler Wahlverein constituirte, von dessen Wirken man sich das Beste versprach. Wie wir in einer Bekanntmachung des Herrn Kreisgerichts-Director Goedel-Wohlau lesen, stellt sich derselbe als Candidat für den Reichstag auf. — Bisher vertrat uns als Reichstagsabgeordneter Herr Kreisgerichts Schulze-Guhrau, der auch bereits im hiesigen Wahlkreise öfters Vorträge gehalten, die allgemein befriedigten. Wie wir aus unsern Wahlnachbarkreisen erfahren, stellt sich Herr Schulze wiederum als Candidat auf und wir glauben, daß bei einiger Aufmunterung durch den Wahlverein vorgenannter Herr auch günstige Aussichten hat. Anderen Falles dürfte es wie bei der letzten Abgeordnetenwahl kommen, daß nämlich die Conservativen einen leichten Sieg erringen. Darum endlich frisch an's Werk!

X. **Neumarkt**, 9. Decbr. [In Bezug auf den Trichinenfall] in Stephansdorf bringe ich noch folgende Ergänzung. Das trichinöse Schwein gehört dem Arbeiter Neumann daselbst, untersucht ist es vom Fleischbeschauer Habel daselbst. Derselbe fuhr, um sich Sicherheit zu verschaffen, mit den Präparaten nach Breslau zum Conservator Tiemann, welcher ihm, nach sorgfältiger Untersuchung constatirte, daß das betreffende Schwein mit Trichinen durchsetzt ist.

⚒ **Brieg**, 10. Dec. [Zur Predigerwahl.] Wie in Nr. 567 der „Breslauer Zeitung“ mitgetheilt, hat der hiesige Magistrat zum Archidiakonus erst den zweiten Diakonus Heyn mit vollem Gehalt rite berufen, dann aber bei ihm angefragt, ob er die Stelle auch mit Abzug des Ermeriten-Drittheils annehmen „würde“. Heyn hat auf die Berufung nicht verzichtet, sondern für eine Aenderung dieselben Bedingungen gestellt, worauf der Magistrat ohne Weiteres den dritten Diakonus Kowala, mithin zwei Geistliche in dieselbe Stelle, berief. Man sagt, der Magistrat habe dies gethan, weil er vor Abberufung des Diakonus Kowala nicht um seine Meinung hierüber gefragt worden sei und weil das Consistorium bestritt, dazu verpflichtet zu sein; der Magistrat habe nun das Consistorium zwingen wollen, ihm über die Gründe der Abberufung Rede zu stehen. Dieses On-dit scheint jedoch fast unglaublich, weil derselbe Zweck, wenn überhaupt auch durch nachherige Berufung des 2c. Kowala in das zweite Diakonat erreicht worden wäre, und weil der Magistrat bereits beim Cultusminister wegen Wahrung jenes Rechts vorstellig geworden ist, wodurch ja die streitige Competenz genügend aufgehellt werden muß; auch ist es kaum zu denken, daß der Magistrat um einer Competenzfrage willen die Interessen der Kirchengemeinde und die Achtung vor dem Gemeinde-Kirchenrath in dieser Weise als nicht vorhanden behandeln sollte. — Gestern haben Gemeinde-Kirchenrath und Gemeinde-Vertretung folgende Beschlüsse gefaßt: 1) Die Versammlung hält die Berufung des Herrn Diakonus Heyn zum Archidiakonus für noch jetzt rechtsgiltig; 2) dem Magistrat und dem Consistorium ist hiervon Kenntniß zu geben; 3) Herr Diakonus Heyn ist zu ersuchen, auf seiner Berufung zu bestehen.

Telegraphische Depeschen.

(Aus Wolff's Telegr.-Bureau.)

Paris, 10. Decbr. Dufaure conferirte heute mit Jules Simon und bot ihm das Ministerium des Innern an. Simon erklärte, wie in parlamentarischen Kreisen verlautet, er halte es nicht für möglich, die Majorität zu erhalten, wenn man nicht der Linken durch den Rücktritt Berthauld's Satisfaction gebe. Simon berief die Führer der republikanischen Gruppen zusammen, um deren Rath zu hören. Die Gruppen der Linken beharren auf ihren früheren Entschlüssen. Die Cabinetsbildung ist deshalb schwierig.

Versailles, 9. December. Die Deputirtenkammer hat heute die Berathung des Einnahme-Budgets fortgesetzt. Die äußerste Linke hat sich gegen das Verbleiben Dufaure's und Berthaut's im Ministerium ausgesprochen.

London, 9. Decbr. Die amtliche „London Gazette“ veröffentlicht eine königliche Verordnung vom heutigen Tage, durch welche das Parlament auf den 8. Februar k. J. einberufen wird.

Brüssel, 9. Decbr. Der „Nord“ läßt sich aus Baila vom heutigen Tage melden, daß einige Anzeichen vorlägen, aus welchen sich schließen ließe, daß die Türken zwischen Tultscha und Isaktscht eine Brücke über die Donau schlagen wollten.

Brüssel, 9. Dec. Der „Nord“ bespricht die augenblickliche Lage und constatirt, daß die Haltung der Mächte der russischen Politik eine große Actionsfreiheit gewähre. Aber gerade dieser Umstand lege Rußland eine doppelte Verpflichtung auf: Die Aufgabe, deren Lösung Rußland begonnen, durchzuführen und nicht zum Kriege zu schreiten, außer wenn es kein anderes Mittel giebt, um zum Ziele zu gelangen. Rußland trete in die Conferenz ein, ohne seine Entschließung von vornherein gefaßt zu haben, vielmehr sei es bereit, sich jeder Combination anzuschließen, welche thatsächlich seine Vorschläge zu ersetzen im Stande sei. Die Occupation werde von Rußland nicht als conditio sine qua non betrachtet. — „Nord“ erklärt sodann die Nachricht der „Daily News“, wonach Rußland die Occupation Bulgariens angekündigt und an die Bulgaren ein Manifest erlassen hätte, für unbegründet.

Petersburg, 9. Decbr. Verschiedene russische Zeitungen äußern sich in sympathischer Weise über die Rede des Fürsten Bismarck.

Riga, 10. Dec. Wie der „Riga'schen Telegraphen-Agentur“ aus Dünaburg gemeldet wird, ist der Güterverkehr auf der Bahn von dort nach Wilna und Warschau, welcher in den letzten Tagen eingestellt worden war, jetzt wieder in seinem bisherigen Umfange aufgenommen worden.

Konstantinopel, 10. Dec. Salisbury wurde heute vom Sultan in Gegenwart hoher Würdenträger des Reichs in Privataudienz empfangen. Der Empfang war sehr herzlich. Elliot begleitete Salisbury. Zwischen Salisbury und Ignatieff herrscht bis jetzt vollkommene Uebereinstimmung.

Konstantinopel, 8. Decbr. Am Mittwoch sind in der Wohnung Midhat Paschas zwei Montenegriner verhaftet worden, welche denselben ermorden wollten. — Am Dinstag wurde ein Complot entdeckt, welches die Entführung des ehemaligen Sultans Murad nach Odessa zum Zweck hatte. Vier Individuen, zwei Türken, ein Pole und ein Grieche (letzterer ein ehemaliger Dolmetscher der hiesigen englischen Botschaft) sind in Folge dessen verhaftet worden. — Nach dem, was über die Besprechungen unter den Bevollmächtigten zur Conferenz weiter verlautet, scheint es nicht unmöglich, daß die Mächte ein Einverständniß über die für Bosnien, die Herzegowina und Bulgarien vorzuschlagende Organisation erzielen werden. Nur hinsichtlich der Garantiefrage gehen die Anschauungen auseinander.

Ragusa, 9. Decbr. Gestern sind hier zwei türkische Schiffe eingetroffen, mit welchen dienstunfähige türkische Truppen eingeschifft werden sollen. — Die Commission zur Feststellung der Demarcations-Linie hat Befehl erhalten, sich nach Bosnien zu begeben, um die Demarcationslinie für den Insurgentenführer Despotovich zu bestimmen.

Ragusa, 10. Decbr. Die Regierungen haben den von der Demarcations-Commission ausgearbeiteten Entwurf genehmigt. Moukhtar Pascha ist angewiesen, die vorgeschriebene Demarcationslinie auf das Strengste inne zu halten.

Athen, 9. Dec. Das neu gebildete Cabinet Deligeorgis ist nach nur eintägiger Wirksamkeit von seinen Anhängern in der Kammer im Stiche gelassen worden; die Kammer hat mit 88 gegen 59 Stimmen das neue Ministerium als für die gegenwärtigen Verhältnisse nicht geeignet erklärt und das Cabinet hat in Folge dieses Mißtrauensvotums seine Entlassung eingereicht.

New-York, 9. Dec. Die letzten Monatseinnahmen der Central-Pacific-Eisenbahnen betragen 1,673,000 Dollars. — Seit einigen Tagen ist hier strenge Kälte eingetreten.

Newyork, 10. Decbr. Nachrichten aus Matamoras zufolge wurden der durch Porfirio Diaz abgesetzte Präsident Mexiko's und seine Cabinetsmitglieder von den Insurgenten gefangen. Der Kriegssecretär und mehrere Anhänger Lerdos sollen erschossen sein.

(Aus L. Hirsch' Telegraphen-Bureau.)

Wien, 9. Dec. Der Subscriptionsprospect für die neue Goldrente wird morgen veröffentlicht. Vorläufig werden nur 40 Millionen Fl. nominal emittirt. Der Emissionscours dieser 4 procentigen Goldrente ist 56 in Gold. (Es stimmt dieß mit unserer Angabe in Nr. 579 der „Bresl. Ztg.“ überein — Anm. der Red.) Die Supscription findet nächsten Donnerstag in Wien, Berlin, Frankfurt a. M. Amsterdam und Brüssel statt.

Kischinew, 9. Dec. Die gesammte Feldintendantur ist unter der Führung des Staatsraths Abendbereits hier angelangt. Die Truppentransporte werden noch 8 Tage andauern. Die Depeschenannahme an den südrussischen Eisenbahnstationen ist eingestellt. Der Fahrpark der Odessaer Bahn ist um 50 Locomotiven und 2500 Waggons verstärkt worden. Alle Truppen des Charkower Militärbezirks sind bereits hier eingetroffen, in den nächsten Tagen werden die Schützenbataillone und die Artilleriebatterien aus Odessa hier eintreffen. In Odessa sind 80,000 Mann concentrirt.

Odessa, 9. Dec. Der Passagierverkehr ist wieder auf einen Zug täglich reducirt worden. Die Platformen sind für Truppentransporte umgearbeitet worden. Zum Transport schwerer Geschütze ist hier eine ohne Schienen gehende Locomotive aus der Malzow'schen Fabrik eingetroffen. Die Störung im Güterverkehr dürfte noch 14 Tage andauern. Die Küste bei Odessa ist mit Geschützen befestigt, welche den Feind 5 bis 8 Werst entfernt halten können, 10 Werst vor der Stadt sind 600 Torpedos gelegt. Ebenso befestigt sind Sebastopol, Otschakow, Nikolajew und Kertsch. Die Organisirung der Küstenvertheidigung kostet 60 Millionen Rubel.

Belgrad, 9. Dec. Ein Specialgesandter des russischen Kaisers an den Fürsten Milan wird morgen hier eintreffen.

∴ **Stettin**, 9. Decbr. [Im Waarengeschäft] hatten wir in der verflossenen Woche in Petroleum und Hering einen aufgeregten Markt, in den übrigen Artikeln bleibt das Geschäft meist ruhig, der Abzug war recht lebhaft. Die Schifffahrt ist wieder eisfrei.

Petroleum. In Amerika sind seit acht Tagen die Preise um ⅞ C. gestiegen, Bremen und Hamburg gingen inzwischen 4—5 M. höher, besonders rapide aber war die Steigerung in Antwerpen, wohin starke Ordres gelegt waren und wo große Ankäufe zur Deckung früherer Blancoverschlüsse gemacht wurden, die Preiserhöhung betrug dort in den letzten acht Tagen 12½ Frs. Dies Alles sowohl als auch die Aufregung in Berlin und der der Jahreszeit nach sehr große Wochenabzug veranlaßten hier ein stark animirtes lebhaftes Geschäft bei steigender Conjunctur, es blieb aber unser Markt noch der dem Verhältniß nach billigste des Continents, weshalb der Abzug befriedigend anhalten wird. Loco 23,75—28 M. bez., 28 M. Br., per December 23,75—28 M. bez., 28 M. Br., per Januar 24—27 M. bez., per Februar 26,25 M. bez.

Kaffee. Die Zufuhr belief sich auf 2700 Ctr., vom Transito-Lager gingen 1008 Ctr. ab. Alle Hauptmärkte blieben in angeregter Haltung, und namentlich die holländischen Markte haben ihre Notirungen um 2c über November-Auctions-Ablauf erhöht. Die Auswahl in den mittel und feinen Brasil-Gattungen Campinos 2c. wird immer mangelhafter. Unser Platz ist der Bewegung gefolgt und haben Preise ca. 3d bei sehr festem Markt angezogen. Notirungen: Ceylon Plantagen 118—109 Pf., Java, braun 140 bis 130 Pf., gelb bis fein gelb 117—121 Pf., blank 102—104 Pf., Rio, gut ord. 90—93 Pf., reell ord. 87—89 Pf., ordinär bis gering ordinär 83 bis 74 Pf., alles transito.

Reis. Der Import betrug 2180 Ctr., der Versand ist lebhafter geworden und belief sich in verflossener Woche auf 1658 Ctr. Der Artikel liegt in günstiger Position, die Kauflust ist überall animirt und die Preise sind steigend, hier waren besonders mittel Arracan's und Bruchreis gefragt und höher, die Umsätze darin sind recht rege gewesen. Notirungen: Carolina 36 bis 37 M., Java Tafel- 29 bis 31 M., Rangoon- 13 bis 15 M., do. Tafel- 17 bis 18 M., Arracan 13 bis 15 M., do. Vorlauf- u. Tafel- 16 bis 17 M., Bruchreis 11,25—12 M. trans.

Hering. Das Geschäft in Schotten war in Folge starker Nachfrage für den Consum und immer kleiner werdender Vorräthe sehr lebhaft und aufgeregt, es fand in allen Gattungen eine rapide Preissteigerung statt und die Meinung bleibt eine sehr günstige. Crown und Fullbrand wurde in loco mit 53,25—56 M. trans. bez., 57 M. trans. gef., auf Lieferung per Februar 54,75—57,50 M. trans. bez., Matties Crownbrand 43—47 M. trans. bez., 48 M. gef., Mixed 41,50—45 M. trans. bez., Ihlen 40,50—42 M. trans. bez. Von Norwegen hatten wir einen Import von 1293 Tonnen Fetthering, welcher gut gefragt und wofür die Stimmung ebenfalls fest ist, kleine Sorten fehlen bereits. Kaufmanns 36—37 M. tr. bez., groß mittel 35—36 M. tr. bez., Bornholmer Küstenhering 30 M. trans. zu notiren. Mit der Eisenbahn wurden von allen Gattungen vom 29. November bis 5. December 5019 Tonnen versandt, es beträgt somit der Total-Bahnabzug seit 1. Januar bis 5. December 234,058 Tonnen, gegen 236,398 Tonnen in 1875, 258,176 Tonnen in 1874 und 265,094 Tonnen in 1873 in gleichem Zeitraum.

Sardellen stille, 1876er 37 M., 1875er 41—42 M., 1874er 50—52 M., 1873er 57 M. gef.

Telegraphische Course und Börsennachrichten.

(Aus Wolff's Telegr.-Bureau.)

Berlin, 10. Dec., Nachm. 1 U. 25 M. [Privatverkehr.] Credit-Actien 220, 50 à 222, 50 à 221, 50, Franzosen 422, 50 à 421, 50, Lombarden 127, 50, 1860er Loose 94, 00 à 93, 75, Silber-Rente 53, 25, Papier-Rente 48, 25 à 48, 75 à 48, 50, Italiener 69, 00, 5proc. Türken —, Rumänier 9, 50, 5proc. Amerikaner 101, 50, Köln-Mindener Bahn 100, 75, Bergisch-Märkische 78, 50, Rheinische Bahn 110, 75, Rechte-Oder-Ufer-St. 106, 00, Oesterr. Nordwestbahn 190, 00, Galizier 80, 75 à 80, 50 à 80, 75, Laurahütte 71, 00 à 71, 10 à 70, 75, Darmstädter Bank 99, 00, Disconto-Commandit 106, 75 à 107, 25 à 106, 75, Reichsbank —, 5proc. Russen 79, 60 à 79, 90 à 79, 75, neue 4proc. Goldrente 57, 50. Fest auf Emission der Goldrente.

Nachbörse unverändert.

Frankfurt a. M., 10. Dec., Nachm. [Effecten-Societät.] Fest und belebt. Wiener Wechsel —. Silberrente 53½. Papierrente 48¾. Amerikaner de 85 100¾. Reichsbank 150½. Darmstädter Bank 100⅛. Frankfurter Wechslerbank —. Meininger Bank 67⅝. Oesterreichische Nationalbank 673, 50. Creditactien 110⅜. Hess. Ludwigsbahn —. Böhm. Westbahn 135¾. Elisabethbahn 108¾. Galizier 160¾. Franzosen 211¼. Lombarden 63. Nordwestbahn 95¾. 1860er Loose 94. 1864er Loose —, —. Ungarische Staatsloose 130. Ungarische Schatzwerthe alte 77½. do neue 75¼. Neue 4proc. Goldrente 58⅛.

Nach Schluß der Börse: Creditactien 110⅛, Franzosen 210⅝, Galizier —, Silberrente —.

Hamburg, 9. Decbr., Nachmittags. [Schluß-Course.] Hamburger St.-Pr.-Actien 114¾, Silberrente 52¾, Creditactien 107½, 1860er Loose 93, Franzosen 523, Lombarden 156, Ital. Rente 68½, Vereinsbank 117¾, Laurah. 69¾, Commerzbank 94⅜, Norddeutsche 123⅞, Anglo-deutsche 40½, Internationale Bank 83½, Amerikaner de 1885 95¾, Köln-Minden. St.-A. 100½, Rhein-Eisenbahn do. 110½, Bergisch-Märk. do. 78⅛, Disconto 3 pCt.

Hamburg, 9. Decbr., Nachm. [Getreidemarkt.] Weizen loco ruhig, auf Termine matt. Roggen loco und auf Termine ruhig. Weizen pr. December-Januar 216 Br., 215 Gd., pr. April-Mai 1000 Kilo 224 Br., 223 Gd. Roggen pr. December-Januar 165 Br., 164 Gd., pr. April-Mai pr. 1000 Kilo 169 Br., 168 Gd. — Hafer still. — Gerste matt. — Rüböl still, loco 79, pr. Mai pr. 200 Pfd. 78½. — Spiritus ruhig, pr. December 46, pr. Januar-Februar 46, pr. April-Mai 46, pr. Mai-Juni pr. 100 Liter 100% 46. Kaffee sehr angenehm, steigend, Umsatz 6000 Sack. Petroleum animirt, Standard white loco 31, 50 Br., 31, 00 Gd., pr. December 31 00 Gd., per Januar-März 26, 50 Gd. — Wetter: Regnerisch.

Hamburg, 10. Decbr., Nachmittags. [Privatverkehr.] Silberrente 53½, Lombarden 156, Creditactien 103¾, Franzosen 526, Rheinische 110½, Laurahütte 70½.

Wien, 10. Dec., 12 Uhr 35 Min. [Privatverkehr.] Creditactien 138,00, Franzosen 263,00, Galizier 200,25, Anglo-Austrian 71,50, Lombarden 78,50, Papierrente 60,20, Marknoten 61,85, Napoleonsd'or 10,03½, Renten —, —, Deutsche Reichsbank —, —. Fest, aber still. Gold matt. Goldrente zu 58,25 gefragt.

Liverpool, 9. Decbr., Vormittags. [Baumwolle.] (Anfangsbericht.) Muthmaßlicher Umsatz 15,000 Ballen. Stramm. Tagesimport 7000 Ballen amerikanische.

Liverpool, 9. Decbr., Nachmittags. [Baumwolle.] (Schlußbericht.) Umsatz 18,000 Ballen, davon für Speculation und Export 4000 Ballen. Steigend.

Middl. Orleans 6 13/16, middl. amerikanische 6⅝, fair Dhollerah 5 3/16, middl. fair Dhollah 4⅞, good middl. Dhollerah 4⅝, middl. Dhollerah 4⅜, fair Bengal 4⅜, good fair Broach —, new fair Oomra 5 3/16, good fair Oomra 5¼, fair Madras 4¾, fair Pernam 6⅝, fair Smyrna 5½, fair Egyptian 6⅝.

Antwerpen, 9. Decbr., Nachmittags 4 Uhr 30 Min. [Getreidemarkt.] Schlußbericht.) Weizen behauptet. Roggen fest. Hafer matt. Gerste stetig.

Antwerpen, 9. Decbr., Nachmittags. [Petroleummarkt.] (Schlußbericht.) Raffinirtes, Type weiß, loco 81 bez. u. Br., pr. December 81 bez. und Br., pr. Januar 70 bez. und Br., per Februar 59½ bez. u. Br., per April 56 Br. — Steigend.

Bremen, 9. Decbr., Nachmittags. [Petroleum.] (Schlußbericht. Bewegt. Standard white loco 32, 00, pr. Januar 27, 50, pr. Februar 24, 00, pr. Februar-April —.

Breslau, 11. Decbr., 9½ Uhr Vorm. Am heutigen Markte war die Stimmung für Getreide matter, bei stärkeren Zufuhren Preise schwach behauptet.

Weizen in matter Haltung, per 100 Kilogr. schlesischer weißer 17,20 bis 19,20—21,60 Mark, gelber 17,40—19,00 bis 20,80 Mark, feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Roggen in gedrückter Stimmung, per 100 Kilogr. neuer 15,60—17,10 bis 17,60 Mark, feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Gerste schwache Kauflust, per 100 Kilogr. neue 14,00—14,50 Mark, weiße 15,20—15,80 Mark.

Hafer in matter Haltung, per 100 Kilogr. neuer 13,50—14,40 bis 15,30 Mark.

Mais nur trockene Qualitäten verkäuflich, per 100 Kilogr. 11,50 bis 12,50—13,70 Mark.

Erbsen vernachlässigt, per 100 Kilogr. 16,00—17,00 bis 18,50 Mark.

Bohnen mehr beachtet, per 100 Kilogr. 15,70—17,00—18,00 Mark.

Lupinen mehr offerirt, per 100 Kilogr. gelbe 9,50—10,50—11,20 Mark, blaue 9,30—10,40—11,00 Mark.

Wicken in matter Haltung, per 100 Kilogr. 13—14—15 Mark.

Oelsaaten in sehr fester Haltung.

Schlaglein mehr beachtet.

Pro 100 Kilogramm netto in Mark und Pf.

Schlag-Leinsaat	26	50	25	—	22	50
Winterraps	33	—	31	—	30	—
Winterrübsen	31	75	29	75	28	75
Sommerrübsen	30	—	28	—	27	—
Leindotter	27	—	25	75	23	—

Rapskuchen gut behauptet, per 50 Kilogr. 7,40 bis 7,60 Mark.

Leinkuchen unverändert, per 50 Kilogr. 9—9,50 Mark.

Kleesamen bessere Kauflust, rother preishaltend, per 50 Kilogr. 53 bis 60—66—74 Mark, — weißer matter, per 50 Kilogr. 54—62—67—80 Mark, hochfeiner über Notiz.

Thymothee matter, per 50 Kilogr. 23—27—30 Mark.

Mehl in matter Stimmung, per 100 Kilogr. Weizen fein alt 33 bis 34 Mark, neu 29,50—30,50 Mark, Roggen fein 27—28 Mark, Hausbacken 26—27 Mark, Roggen-Futtermehl 10,00—11,00 Mark, Weizenkleie 8 bis 9 Mark.

Meteorologische Beobachtungen auf der königl. Universitäts-Sternwarte zu Breslau.

Decbr. 9. 10.	Nachm. 2 U.	Abds. 10 U.	Morg. 6 U.
Luftwärme	+ 7°,8	+ 4°,9	+ 1°,1
Luftdruck bei 0°	329''',79	330''',83	332''',33
Dunstdruck	3''',27	2''',98	2''',21
Dunstsättigung	82 pCt.	96 pCt.	100 pCt.
Wind	SW. 1.	N. 1.	NW. 1.
Wetter	bedeckt.	bedeckt Regen.	bedeckt Regen.
December 10. 11.	**Nachm. 2 U.**	**Abds. 10 U.**	**Morg. 6 U.**
Luftwärme	+ 2°,1	+ 2°,7	+ 4°,1
Luftdruck bei 0°	332''',61	331''',70	331''',62
Dunstdruck	1''',89	2'''01	2''',65
Dunstsättigung	78 pCt.	79 pCt.	92 pCt.
Wind	NW. 1	SW. 1	NW. 2
Wetter	bedeckt.	trübe.	trübe.

Breslau, 11. Dec. [Wasserstand.] O.-P. 5 M. 26 Cm. U.-P. — M. 68 Cm.

Berlin, 9. Decbr. **Spiritus** loco „ohne Faß" 55,7 M. bezahlt, per December 53,3—5 M. bez., per December-Januar 53,3—5 M. bez., per April-Mai 58,4—8 M. bez., per Mai-Juni 58,6—59,1 bez., per Juni-Juli 59,6—60 M. bez. Gekündigt 50,000 Liter. Kündigungspreis 56,5 M.

Berliner Börse vom 9. December 1876.

Fonds- und Geld-Course.

Consolidirte Anleihe.	4½	103,90 bz
do. de 1876	4	96,50 bz
Staats-Anleihe	4	96,40 bz
Staats-Schuldscheine	3½	93,60 bz
Präm.-Anleihe v. 1855	3½	136,50 bz
Berliner Stadt-Oblig.	4½	101,70 bz
Pfandbriefe. Berliner	4½	101,25 bz
Pommersche	3½	82 G
do.	4	93,70 G
do.	4½	101,50 bz
do. Lndsch. Crd.	4½	— —
Posensche neue	4	93,40 bzB
Schlesische	3½	84 G
Rentenbriefe. Kur- u. Neumärk.	4	94,60 bz
Pommersche	4	94,60 bz
Posensche	4	94,75 bz
Preussische	4	94,60 B
Westfäl. u. Rhein.	4	97,75 bz
Sächsische	4	95,50 bz
Schlesische	4	95,10 bz
Badische Präm.-Anl.	4	117,25 bz
Baierische 4% Anleihe	4	119,50 bz
Cöln-Mind. Prämiensch.	3½	106,40 bz

Kurh. 40 Thaler-Loose 247 G
Badische 35 Fl.-Loose 132,20 G
Braunschw. Präm.-Anleihe 83,60 bz
Oldenburger Loose 131 G

Ducaten 9,66 G	Fremd. Bkn. — —
Sover. 20,35 G	einl. i. Leip. — —
Napoleons 16,28 bz	Oest. Bkn. 161,30 bz
Imperials 16,68 bz	Russ. Bkn. 246,50 bz
Dollars 4,18 G	

Hypotheken-Certificate.

Krupp'sche Partial-Obl.	5	102 bz
Unkb. Pfd. d. Pr. Hyp.-B.	4½	99 bzG
do. do.	5	100,50 bzG
Deutsche Hyp.-B.-Pfb.	4½	95,75 bzB
do. do. do.	5	101 bzG
Kündbr. Cent.-Bod.-Cr.	4½	100,20 bz
Unkünd. do. (1872)	5	100,50 bz
do. rückzb. à 110	5	104,30 bz
do. do. do.	4½	98 bz
Unk. H. d. Pr. Bd.-Crd. B.	5	— —
do. III. Em. do.	5	102,40 bzG
Kündb. Hyp. Schuld. do.	5	100 G
Hyp.-Anth. Nord.-G.C-B	5	101 bzG
do. do. Pfandbr.	5	101,40 bzG
Pomm. Hyp.-Briefe	5	105 G
do. do. II. Em.	5	100,75 G
Goth. Präm.-Pf. I Em.	5	107,20 bz
do. do. II. Em.	5	105,25 bz
do. 5% Pf. rkzlbr. m. 110	5	101 bz
do. 4½ do. do. m. 110	4½	95 bz
Meininger Präm.-Pfdb.	4	100,50 G
Oest. Silberpfandbr.	5½	33 G
do. Hyp.-Crd.-Pfdbr.	5	— —
Pfdb. d. Oest. Bd.-Cr.-Ge.	5	84,25 G
Schles. Bodencr.-Pfdbr.	5	99,50 G
do. do.	4½	94 G
Südd. Bod.-Cred.-Pfdb.	5	101,75 bz
do. do. 4½%	4½	98 G
Wiener Silberpfandbr.	5½	30,25 bz

Ausländische Fonds.

Oest. Silberrente	4⅕	53,50 bz
(1./1. 1./7. u. 1./4. 1./10.)		53,50 bz
do. Papierrente	4⅕	48,50 bz
(1./2. 1./8. u. 1./5. 1./11.)		48,50 bz
do. 54er Präm.-Anl.	4	90 B
do. Lott.-Anl. v. 60.	5	93,60 bzG
do. Credit-Loose	—	290 bz
do. 64er Loose	—	241 G
Russ. Präm.-Anl. v. 64	5	137,50 bz
do. do. 1866	5	134,50 bz
do. Bod.-Cred.-Pfdbr.	5	76,50 bz
do. Cent.-Bod.-Cr.-Pfdb.	5	75,50 bz
Russ.-Poln. Schatz-Obl.	4	73,60 G
Poln. Pfndbr. III. Em.	4	67 G
Poln. Liquid.-Pfandbr.	4	59,20 bz
Amerik. rückz. p. 1881	6	104,25 bz
do. do. 1885	6	100,80 bzG
do. 5% Anleihe	5	101,50 bz
Französische Rente	5	— —
Ital. neue 5% Anleihe	5	69,25 G
Ital. Tabak-Oblig.	6	100,10 bz
Raab-Grazer 100 Thlr. L.	4	63,50 bzG
Rumänische Anleihe	8	82,50 bz
Türkische Anleihe	5	8,70 bz
Ung. 5% St.-Eisenb.-Anl	5	64,75 bz

Schwedische 10 Thlr.-Loose — —
Finnische 10 Thlr.-Loose 37 B
Türken-Loose 24 bz

Eisenbahn-Prioritäts-Actien.

Berg.-Märk. Serie II.	4½	— —
do. III. v. St. 3½ g.	3½	84,50 bzG
do. do. VI.	4½	96,50 G
do. Hess. Nordbahn.	5	101,90 bz
Berlin-Görlitz	5	— —
do.	4½	89,50 G
do. Lit C.	4½	— —
Breslau-Freib. Lit. D.	4½	— —
do. do. E.	4½	— —
do. do. F.	4½	— —
do. do. G.	4½	— —
do. do. H.	4½	— —
do. do. J.	4½	89 G
do. do. K.	4½	89 G
do. von 1876	5	97,10 bzB
Cöln-Minden III. Lit. A.	4	90 G
do. Lit. B.	4½	98,75 G
do. IV.	4	91,60 bzG
do. V.	4	— —
Halle-Sorau-Guben	5	100,30 bzG
Hannover-Altenbeken	4½	92 G
Märkisch-Posener	5	100,50 G
N.-M. Staatsb. I. Ser.	4	95 B
do do. II. Ser.	4	95 B
do. do. Obl. I. u. II.	4	95 G
do do. III. Ser.	4	95 B
Oberschles. A.	4	— —
do. B.	3½	— —
do. C.	4	— —
do. D.	4	— —
do. E.	3½	84,60 bz
do. F.	4½	101 bz
do. G.	4½	— —
do H.	4½	100,50 bzG
do. von 1869.	5	101,40 bzG
do. von 1873.	4	— —
do. von 1874.	4½	96,75 G
do. Brieg-Neisse	4½	— —
do. Cosel-Oderb.	4	— —
do. do.	5	— —
do. Stargard-Posen	4	— —
do. do. II. Em.	4½	98,75 B
do. do. III. Em.	4½	98,75 B
do. Ndrschl. Zwgb.	3½	— —
Ostpreuss. Südbahn	5	101,30 bzG
Rechte-Oder-Ufer-B.	5	100,30 G
Schlesw. Eisenbahn	4½	— —
Chemnitz-Komotau	5	96,20 G
Dux-Bodenbach	5	57,25 bz
do. II. Emission	5	38 bzB
Prag-Dux	fr.	21,25 bzG
Gal. Carl-Ludw.-Bahn.	5	79,10 bzG
do. do. neue	5	77 B
Kaschau-Oderberg	5	51,50 bz
Ung. Nordostbahn	5	47,80 bzG
Ung. Ostbahn	5	44 B
Lemberg-Czernowitz	5	61,75 G
do. do. II.	5	60,25 bzG
do. do. III.	5	53 bz
Mährische Grenzbahn	5	— —
Mähr.-Schl. Centralb.	fr.	14,10 G
do. II.	fr.	10 G
Kronpr.-Rudolf-Bahn	5	59 etbzG
Oesterr.-Französische	3	310 bz
do do. II.	3	297 G
do. südl. Staatsbahn	3	233 bz
do. neue	3	231,80 bzG
do. Obligationen	5	73,70 bzG
Warschau-Wien II.	5	91 bzB
do. III.	5	83,75 bzG
do. IV.	5	77,60 bzG
do. V.	5	74,50 G

Bank-Discont 4½ pCt.
Lombard-Zinsfuss 5½ pCt.

Wechsel-Course.

Amsterdam 100 Fl.	8 T.	3	169,10 bz
do. do.	2 M.	3	168,35 bz
London 1 Lstr.	3 M.	2	20,335 bz
Paris 100 Frcs.	8 T.	3	81,25 bz
Petersburg 100 SR.	3 M.	6	240,50 bz
Warschau 100 SR.	8 T.	6	244,75 bz
Wien 100 Fl.	8 T.	4½	161,30 bz
do. do.	2 M.	4½	160,30 bz

Eisenbahn-Stamm-Actien.

Divid. pro	1874	1875	Zf.	
Aachen-Mastricht.	1	1	4	17,20 bzB
Berg.-Märkische	2	4	4	78,40 bz
Berlin-Anhalt	8⅔	8	4	102,50 bz
Berlin-Dresden	5	2½	4	17,50 bzG
Berlin-Görlitz	0	0	4	20,75 bz
Berlin-Hamburg	12½	10	4	174 bzG
Berl. Nordbahn	0	—	fr.	— —
Berl.-Potsd.-Magdb.	1⅔	3	4	77,75 bz
Berlin-Stettin	9¹¹⁄₂₀	9	4	118,10 bzG
Böhm. Westbahn.	5	5	5	67,30 G
Breslau-Freib.	7½	5⅔	4	66,50 bzG
Cöln-Minden	6⁹⁄₂₀	4⁶⁄₁₀	4	100,50-25 bz
do. Lit. B.	5	5	5	99,10 bz
Cuxhaven. Eisenb.	6	0	6	— —
Dux-Bodenbach. B.	0	0	4	5,50 bz
Gal. Carl-Ludw.-B.	8½	6	4	80,50 bz
Halle-Sorau-Gub.	0	0	4	6 bzG
Hannover-Altenb.	0	0	4	8,75 bzG
Kaschau-Oderberg	5	5	5	33 G
Kronpr. Rudolfb.	5	5	5	41,10 bzG
Ludwigsb.-Bexb.	9	9	4	177,25 bz
Märk.-Posener	0	0	4	11,75 bz
Magdeb.-Halberst.	3	6	4	102,60 bzG
Magdeb.-Leipzig	14	14	4	— —
do. Lit. B.	4	4	4	— —
Mainz-Ludwigsh.	6	6	4	96,75 bz
Niederschl.-Märk.	4	4	4	96 B
Oberschl. A.C.D.E.	12	10½	3½	133,75 bz
do. B.	12	10½	3½	123,75 G
Oesterr.-Fr. St.-B.	8	6½	4	421,50-21,50
Oest. Nordwestb.	5	5	5	188 G
Oest. Südb. (Lomb.)	1½	0	4	126-27-6
Ostpreuss. Südb.	0	0	4	20,25 bz
Rechte-O.-U.-Bahn	6½	6½	4	106,25 bzB
Reichenberg-Pard.	4½	4½	4½	43,50 bzB
Rheinische	8	8	4	110,75 bz
do. Lit. B. (4% gar.)	4	4	4	99,90 bz
Rhein-Nahe-Bahn	0	0	4	7,25 bz
Rumän. Eisenbahn	4	2½	4	9,10 bzG
Schweiz Westbahn	0	0	4	23,40 bzG
Stargard-Posener	4½	4½	4½	101,40 bz
Thüringer Lit A.	7½	8½	4	131,75 bzG
Warschau-Wien.	10	7½	4	185 bzG

Eisenbahn-Stamm-Prioritäts-Actien.

Berlin-Görlitzer	4	5	5	54 bzG
Berliner Nordbahn	0	—	fr.	— —
Breslau-Warschau	0	0	5	— —
Halle-Sorau-Gub.	0	0	5	17,75 bzG
Hannover-Altenb.	0	0	5	26 G
Kohlfurt-Falkenb.	2½	0	5	30,50 G
Märkisch-Posener	0	3½	5	64,10 bzG
Magdeb.-Halberst.	3½	3½	3½	66,90 bzG
do. Lit. C.	5	5	5	93,75 bzG
Ostpr. Südbahn	3½	5	5	71,25 bzG
Pomm. Centralb.	0	—	fr.	— —
Rechte-O.-U.-Bahn	6½	6½	5	109 bzG
Rumänier	8	8	8	46,50 bz
Saal-Bahn	2⅔	1½	5	20,75 bz
Weimar-Gera	5	2½	5	— —

Bank-Papiere.

Allg. Deut. Hand.-G.	5	0	4	22 G
Anglo Deutsche Bk.	0	3	4	42 G
Berl. Kassen-Ver.	19⅕	17,7	4	160 G
Berl. Handels-Ges.	7	5	4	68,75 bzG
do. Prod.-u. Hdls.-B.	10½	9½	4	83,75 bz
Braunschw. Bank.	7½	6⅔	4	98 bzB
Bresl. Disc.-Bank	4	2	4	67,75 G
Bresl. Maklerbank	0	0	4	— —
Bresl. Makl. Ver. B.	4	4	4	— —
Bresl. Wechslerb.	3½	4	4	71,75 B
Coburg. Cred.-Bnk.	4½	2½	4	68 bzG
Danziger Priv.-Bk.	6	7	4	117 B
Darmst. Creditbk.	10	6	4	99 G
Darmst. Zettelbk.	6½	5¼	4	93,75 G
Deutsche Bank	5	3	4	78 bzG
do. Reichsbank	—	—	4½	156 bz
do. Hyp.-B. Berlin	7½	7½	4	93,25 bzG
Disc.-Comm.-Anth.	12	7	4	106,50 bz
do. ult.	12	7	4	106,50-6,25 bz
Genossensch.-Bnk.	6	5½	4	86 B
do. junge	6	5½	4	92 G
Gwb. Schuster u. C.	0	0	4	2,50 G fr. Z.
Goth. Grundcredb.	9	8	4	100,40 G
Hamb. Vereins-B.	11⅑	9⁴⁄₉	4	117,50 G
Hannov. Bank	6⅔	9⁷⁄₁₅	4	102,10 B
Königsb. Ver.-Bank	5¾	5¼	4	80 B
Lndw.-B. Kwilecki	6½	6	4	62,50 G
Leipz. Cred.-Anst.	9⅙	7	4	166,50 G
Luxemburg. Bank	9	6½	4	92,50 B
Magdeburger do.	5½	5½	4	102,50 B
Meininger do.	4	3	4	67,80 G
Moldauer Lds.-Bk.	3	0	4	15 bz
Nordd. Bank	10	6¾	4	124,40 G
Nordd. Grundcr.-B.	9½	9	4	98 B
Oberlausitzer Bk.	0	2	4	46,25 G
Oest. Cred.-Actien	6⅞	5	4	220-18,50-19
Posner Prov.-Bank	6	2½	4	93,70 B
Pr. Bod.-Cr.-Act.-B.	8	8	4	94 bzG
Pr. Cent.-Bod.-Crd.	9½	9½	4	116,50 bz
Sächs. Bank	10½	10	4	123 bzG
Sächs. Cred.-Bank	5	5½	4	93 B
Schl. Bank-Verein	6	5	4	86,75 bzG
Schl. Vereinsbank	5	5	4	89,20 B
Thüringer Bank.	6	5	4	70 B
Weimar. Bank.	5¼	0	4	38,25 bz
Wiener Unionsb.	5	2⁶⁄₇	4	73 B

In Liquidation.

Berliner Bank	0	—	fr.	88,75 G
Berl. Bankverein	4½	0	fr.	83 G
Berl. Lombard-B.	0	—	fr.	4 B
Berl. Prod-Makl.-B.	0	—	fr.	57,50 B
Berl. Wechsler-B.	0	—	fr.	— —
Centralb. f. Genos.	0	—	fr.	95 B
Deutsche Unionsb.	3	0	fr.	82,30 G
Hannov. Disc.-Bk.	0	8⅕	fr.	92,10 G
Hessische Bank	0	—	fr.	55,50 G
Ostdeutsche Bank	6	—	fr.	90 bz
Pr. Credit-Anstalt	0	—	fr.	— —
Pr.-Wechsler-Bnk.	0	—	fr.	— —
Ver.-Bk. Quistorp	0	—	fr.	2 B

Industrie-Papiere.

Berl. Eisenb.-Bd-A.	7½	0	fr.	140 etbzB
D. Eisenbahnb.-G.	0	0	4	5,50 bzG
do. Reichs-u. Co.-E.	4	0	4	64,75 B
Märk. Sch. Masch. G.	0	0	4	10,90 bzG
Nordd. Gummifab.	5⅔	5	4	52 G
do. Papierfabr.	4	0	4	— —
Westend, Com.-G.	0	0	fr.	2,50 bzB
Pr. Hyp.-Vers.-Act.	18⅗	18	4	122,50 G
Schles. Feuervers.	17	20	4	722 B
Donnersmarkhütte	4	3	4	17,60 bzG
Dortm. Union	0	0	4	7 bz
Königs- u. Laurah.	10	2	4	70,60 bz
Lauchhammer	0	0	4	26 bzB
Marienhütte	7⅔	8	4	67,75 B
OSchl. Eisenwerke	1	1½	4	6 B
Redenhütte	0	0	4	6,50 bzG
Schl. Kohlenwerke	0	0	4	5,50 B
Schl. Zinkh.-Actien	7	6	4	76,50 G
do. St.-Pr.-Act.	7	6	4½	81 bz
Tarnowitz. Bergb.	0	0	4	37 G
Vorwärtshütte	1	0	4	12 B
Baltischer Lloyd	0	0	4	40 G
Bresl. Bierbrauer.	0	0	4	— —
Bresl. E.-Wagenb.	6⅔	6⅔	4	48,50 G
do. ver. Oelfabr.	5	1	4	44 G
Erdm. Spinnerei	4	1	4	14,75 bzG
Görlitz. Eisenb.-B.	2⅔	4	4	42 G
Hoffm's Wag. Fabr.	0	0	4	11 G
O. Schl. Eisenb.-B.	2	0	4	27,25 G
Schl. Leinenind.	7½	8	4	— —
do. Porzellan	0	0	4	9,50 B
Wilhelmshütte MA.	4	4½	4	68 B

Wien, 10. Decbr. [Für die General-Versammlung der Dux-Bodenbacher Eisenbahn] sind, wie die „Presse" erfährt, 12,500 Actien deponirt worden. Dennoch dürfte die Vertagung der Generalversammlung erfolgen, da die Direction der Dux-Bodenbacher Eisenbahn das der Gesellschaft gehörige Kohlenwerk in die Sanirungs-Transaction mit hineinziehen will, während die Regierung dies ablehnt.

Eduard Mörike. Zwei Vorträge über ihn von Julius Klaiber. Stuttgart, 1876. Verlag von Aug. Berth. Auerbach. Den ersten dieser beiden die Eigenart des bekannten lyrischen Dichters und seine vielbewunderten herrlichen Dichtungen geistvoll und mit feinfühligem Verständniß charakterisirenden Vorträge hat Professor Klaiber im Festsaale des Stuttgarter Museums gehalten vor einem auserwählten Kreise von Freunden und Verehrern des verstorbenen Dichters zu dessen Gedächtnißfeier. Der zweite nicht minder interessante „Vortrag" bildet die Einleitung zu der Gesammt-Ausgabe von Mörike's Werken. Der Erlös des Buches ist für das Mörike-Denkmal bestimmt.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Stein.
Druck von Graß, Barth u. Comp. (W. Friedrich) in Breslau.